

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2022 10

WIRTSCHAFT

In Pakistan arbeiten
knapp drei Viertel der
Erwerbstätigen informell

VOLKSENTSCHEID

Weshalb der progressive
Verfassungsentwurf in
Chile scheiterte

FRIEDENSFÖRDERUNG

Deutschland benötigt in
Mali und Niger dringend
neue Strategien



Folgen der Pandemie

Editorial

- 3 **SABINE BALK**
Von der Pandemie lernen für die Klimakrise

Magazin

- 4 **ANDRÉ DE MELLO E SOUZA**
Bei den bevorstehenden Wahlen in Brasilien steht die Demokratie selbst auf dem Spiel
- 6 **MARVA KHAN**
Weshalb der informelle Sektor in Pakistan so groß ist
- 8 **JÖRG DÖBEREINER**
Ugandas progressive Flüchtlingspolitik birgt Chancen
- 10 **DASMANI LAARY / IMPRESSUM**
Heutzutage: Die Wirtschaft Ghanas erholt sich vom Einbruch

Debatte

- 11 **IMRAN MUKHTAR**
Die verheerende Flutkatastrophe in Pakistan zeigt, wie wichtig konsequente Anpassung an die Klimakrise ist
- 12 **EVA-MARIA VERFÜRTH**
Weshalb das Verfassungsreferendum in Chile scheiterte
- 13 **ANTONIA WITT UND SIMONE SCHNABEL**
Bundesregierung benötigt neue und kohärente Strategien für Mali und Niger
- 14 **HANS DEMBOWSKI**
In punkto Klimapolitik und Verteidigung der Demokratie hat sich in den USA zuletzt einiges zum Besseren gewendet

Schwerpunkt: Folgen der Pandemie

- 16 **STIMMEN AUS ALLER WELT**
Wie Covid-19 das Leben in den Ländern unserer Autorinnen und Autoren verändert hat
- 19 **SAMIR ABI**
In Togo führten Lockdownmaßnahmen zu Protesten – aber auch sozialpolitischem Fortschritt
- 21 **GLORY MAKENA UND BRIANNA GUIDORZI**
Während der Pandemie nahm die Gewalt gegen Frauen zu, beispielsweise im Südsudan
- 23 **MAHWISH GUL**
Nicht nur in Pakistan beeinträchtigt digitale Kluft die Bildungschancen benachteiligter Gruppen
- 25 **INTERVIEW MIT EYRAM TAWIA**
Für den ghanaischen Entwickler von Computerspielen hat der harte Covid-Einschnitt auch positive Seiten
- 27 **KATHRIN BERENSMANN**
Covid-19 und der Krieg in der Ukraine verschlechtern die Lage verschuldeter Länder
- 29 **INTERVIEW MIT MANZUR KADIR AHMED**
Bangladeschs Entwicklungserfolge halfen, in der Pandemie das Schlimmste zu verhindern
- 31 **ANDREAS BURGER**
Mit grünen Konjunkturmaßnahmen aus der Krise
- 33 **JANE ESCHER**
Fachliteratur: OMCT zu Menschenrechtsverletzungen in Gefängnissen

SCHWERPUNKT

Folgen der Pandemie

Covid-19 hat eine unvorhergesehene weltweite Krise ausgelöst. Zwar lassen sich noch längst nicht alle Folgen der Pandemie abschließend einschätzen, aber eine Zwischenbilanz ist bereits möglich. Deutlich wurde, dass gute Infrastruktur einschließlich Bildungs- und Gesundheitswesen wichtig sind. Im Krisenmodus lassen sich auch innovative Konzepte umsetzen. Was Staatsfinanzen aber auch Menschenrechte angeht, sind indessen viele Probleme weiter gewachsen.

Titelseite: Verkauf von Schutzausrüstung in Bangladesch, 2020.
Foto: picture-alliance/ZUMAPRESS.com/Md Rafayat Haque Khan





 **Unser Schwerpunkt zum Thema „Folgen der Pandemie“ beginnt auf Seite 15. Er hat direkten Bezug zum 3. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): „Gesundheit und Wohlergehen“ und spielt für weitere SDGs eine wichtige Rolle.**

Klar ist indessen, dass Länder umso besser mit Corona zurechtgekommen sind, je stärker ihre Infrastruktur war. Das schließt Gesundheits- und Bildungswesen sowie diverse soziale Dienste mit ein

Nun scheint die Corona-Krise in den meisten Ländern überstanden. Dank flächendeckender Impfungen geht die Zahl der Infizierten und – viel wichtiger – die der Todesfälle und schwer Erkrankten weltweit zurück. Manche Politiker, etwa US-Präsident Joe Biden, erklären die Pandemie sogar schon für beendet. Hoffentlich ist das kein Irrtum, denn zumindest theoretisch könnten neue Mutationen doch noch großes Unheil anrichten.

Die Pandemie hat gezeigt, dass Vorbereitung nötig und entschlossenes Handeln möglich sind. Die internationale Koordination ließ aber zu wünschen übrig. Diese Lehren muss die internationale Staatengemeinschaft mit Blick auf den Klimawandel beherzigen. Das globale Gemeinwohl ist wichtiger als nationalistische Machtansprüche. Weil Russlands Krieg in der Ukraine die Probleme nur verschärft, ist er ein Angriff auf die gesamte Menschheit.

Lehren der Pandemie

Die Corona-Pandemie war ein nie dagewesener, weltweiter Notstand, den vorher kaum jemand für möglich gehalten hätte. Nur einige weitsichtige Wissenschaftler warnten schon früher, dass Zoonosen – Krankheiten, die vom Tier auf den Menschen übertragen werden – zunehmen und sich gefährliche Viren entwickeln können.

Doch Menschen neigen dazu, bei solch düsteren Vorhersagungen – selbst wenn sie wissenschaftlich belegt sind – den Kopf in den Sand zu stecken und zu hoffen, dass es schon nicht so schlimm kommen möge. Sehr ähnlich verhält es sich mit den Folgen der Erderhitzung. Die Klimakrise würde ähnlich drastische Maßnahmen wie die Corona-Pandemie erfordern, doch bislang traut sich weltweit kaum eine Regierung, sie umzusetzen.

Klimawandel und Corona hängen obendrein in mehrfacher Hinsicht zusammen. Die globale Erhitzung erhöht die Wahrscheinlichkeit von Zoonosen. Die Veränderung lokaler klimatischer Bedingungen und Lebensräume zwingt viele Arten, in neue Gebiete auszuwandern. Damit schleppen sie auch Krankheiten mit, die in Kontakt mit heimischen Tieren und Menschen zu neuen Erregern mutieren können.

Ein anderer Aspekt ist, dass die Hoffnung bestand, coronabedingte Mobilitätseinschränkungen könnten sich als klimaschützend erweisen und vielleicht sogar ein Umdenken in Bezug auf Reisen bewirken. Die Bilanz im dritten Pandemiejahr ist ernüchternd. Der kurze Einbruch bei CO₂-Emissionen und Energieverbrauch während der Lockdowns wirkte sich auf die Klimabilanz so gut wie nicht aus.

Deprimierend ist auch, dass die vielen Milliarden Euro schweren Konjunkturprogramme zur Rettung der Wirtschaft nach dem Corona-Einbruch kaum dazu genutzt wurden, um ökologisch umzusteuern. Die Politik hätte erneuerbare Energien, nachhaltige Mobilität oder energetische Sanierungsprogramme viel stärker fördern müssen. Laut Analysen des Global Recovery Observatory hatten nur drei Prozent der Konjunkturmaßnahmen einen positiven Effekt auf die natürlichen Ressourcen, aber 17 Prozent sogar einen negativen Effekt. In Bezug auf die CO₂-Emissionen halten sich positive und negative Auswirkungen ungefähr die Waage. Es wurde also eine wichtige Chance vertan, stärker in den dringend nötigen ökologischen Umbau der Wirtschaft zu investieren.



SABINE BALK
ist Redakteurin von **E+Z**
Entwicklung und
Zusammenarbeit/**D+C**
Development and

Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

Der Ghanaer Eyrarn Tawia hat 2009 in Accra als einer der ersten in Afrika angefangen, Computerspiele zu entwickeln. Seitdem wächst sein Unternehmen Leti Arts. Die Corona-Pandemie hat ihn zwar wie alle anderen Unternehmen schwer getroffen, er konnte aber auch viel Positives aus der



Krise ziehen. Welche neuen Arbeitsabläufe er einführt und welche Aufträge er ausführt, erzählt er im Interview ab Seite 25.

► **Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website.**



Demo gegen Bolsonaro und für Umweltschutz in Rio de Janeiro 2019.

REGIERUNGSHANDELN

Brasiliens Demokratie ist gefährdet

Die Präsidentschaftswahlen in Brasilien am 2. Oktober (mit möglicher Stichwahl am 30. Oktober) werden die folgenreichsten seit der Demokratisierung Mitte der 1980er Jahre sein – womöglich sogar überhaupt. Brasiliens junge Demokratie steht unter Beschuss. Wie auch andernorts – etwa in den USA – ist es der gewählte Staatschef, der die demokratischen Institutionen angreift.

Von André de Mello e Souza

Präsident Jair Bolsonaro hat nie einen Hehl aus seinen autoritären Neigungen gemacht. Als Kongressabgeordneter sagte er im Fernsehen, er würde, sollte er zum Präsidenten gewählt werden, tags darauf einen Putsch anführen. Als Staatschef vertrat er die Interessen von Militär und Polizei. Er spricht von „seiner“ Armee und gibt vor, deren volle Unterstützung zu haben, wenn er Verfassung und Gerichte in Frage stellt.

Bolsonaro hat auch radikale Gruppen gegen Richter des Obersten Gerichtshofs und politische Gegner mobilisiert. Umfragen zufolge unterstützt ihn etwa ein Drittel der Wähler. Der radikale Kern ist erheblich kleiner, aber laut. Der Präsident hat alles dafür getan, den Waffenzugang zu erleichtern – seit 2019 besitzen erheblich mehr Brasilianer Schusswaffen. Er kopiert gerne den ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump. Der Aufstand im US-Kapitol am 6. Januar 2021 ist ein böses Omen. Verliert Bolsonaro die Wahl, so wird er wohl versuchen zu putzen – und zu Gewalt aufrufen.

Bolsonaro hat alles dafür getan, das brasilianische System der gegenseitigen Kontrolle und die Unabhängigkeit der Institutionen, die die Exekutive überwachen sollen, zu zerlegen. Politikwissenschaftler halten nicht machtgierige Generäle, sondern gewählte Führungspersonlichkeiten, die stetig Institutionen untergraben, für

die größte Gefahr der heutigen Demokratie. Das Buch „Wie Demokratien sterben: Und was wir dagegen tun können“ der Harvard-Professoren Steven Levitsky und Daniel Ziblatt wurde in Brasilien nicht grundlos zum Bestseller.

Bolsonaro stellt Brasiliens Wahlsystem in Frage, ohne dass je ein Betrug festgestellt wurde. Das System ist transparent und wird von der Öffentlichkeit genau beobachtet. Doch eine gut finanzierte Desinformationskampagne in sozialen und herkömmlichen Medien gibt Bolsonaros Vorwürfen Auftrieb.

Sollte Bolsonaro wiedergewählt werden, wird er wohl weiter institutionelle Hürden für eine Diktatur beseitigen. Das ist in Ländern wie der Türkei, Ungarn oder Indien zu beobachten, wo populistische, autoritäre Regierungen im Amt bestätigt wurden. Wahrscheinlich aber gewinnt der ehemalige Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, der gegen Bolsonaro antritt. Das wird Bolsonaro aber wohl nicht einfach akzeptieren. In Brasilien könnte sich Ähnliches abspielen wie in Washington am 6. Januar 2021.

Ein von Bolsonaro verursachter Niedergang der Demokratie hätte internationale und globale Folgen. Tatsächlich ist die Zukunft der Menschheit gefährdet, denn Brasilien ist das Land mit der größten Biodiversität der Welt, und seine Wälder sind maßgeblich für die Kontrolle der globalen

Erwärmung. Bolsonaro hat stetig daran gearbeitet, Umweltbehörden das Geld zu entziehen, sie zu entmündigen und zu blockieren. Unter ihm wurde schneller abgeholzt als sonst. Laut Forschern steht der Amazonas kurz davor, dass er sich nicht mehr erholen kann und zur Savanne oder Wüste wird.

Mit mehr als 210 Millionen Menschen ist Brasilien die fünftbevölkerungsreichste Demokratie der Welt. Ihr Ende wäre ein gefährlicher Präzedenzfall für Südamerika, dessen halbe Bevölkerung, Wirtschaftsleistung und Fläche es einnimmt. Eine Diktatur Bolsonaros wäre ein Sieg des rechtsextremen Populismus weltweit.

Nur wenn man anerkennt, dass Brasiliens Demokratie gefährdet ist, kann man sie schützen. Die internationale Gemeinschaft sollte wachsam sein. Zum Glück kann Bolsonaro nicht mit dem Rückhalt irgendeiner der Weltsupermächte zählen. Nicht einmal die BRICS-Mitglieder China und Russland scheinen daran interessiert zu sein, die glo-

bale Instabilität zu verschlimmern, indem sie ihn unterstützen.

Eine klare Ansage der demokratischen westlichen Regierungen wäre aber hilfreich. Sie sollten deutlich machen, dass die brasilianische Verfassung zu respektieren ist und dass es inakzeptabel ist, die Regeln der Demokratie zu untergraben. Die US-Botschaft in Brasília hat gut daran getan, hervorzuheben, dass das brasilianische Wahlsystem ein internationales Modell ist. Wichtig ist auch, die brasilianische Militärführung von der Versuchung abzubringen, einen Putsch zu unterstützen. Der Besuch des US-Verteidigungsministers Lloyd Austin im Juli in Brasilien war sicherlich dazu gedacht.

In Reaktion auf Russlands Angriff auf die Ukraine haben die westlichen Regierungen massive und ungekannte Wirtschaftssanktionen verhängt. Sie könnten ankündigen, dieses Arsenal zur Verteidigung der brasilianischen Demokratie zu nutzen. Bolsonaro stützt sich auf das reaktionäre

Agrobusiness. Die EU sollte klarmachen, dass Brasiliens Rohstoffexporte nur dann auf ihren Markt gelangen dürfen, wenn sie Umweltstandards einhalten und nicht zur Entwaldung beitragen – und das sollte auch für Abkommen mit der Mercosur-Gruppe gelten, zu der Brasilien gehört.

Präventivmaßnahmen ausländischer Mächte können Bolsonaro und seine Anhänger einschüchtern. Sie erhöhen den Preis für die Etablierung einer autoritären Herrschaft und können sogar zu einem friedlichen Machtwechsel in Brasilien beitragen, dem immerhin wichtigsten Merkmal einer Demokratie.



ANDRÉ DE MELLO E SOUZA ist Wirtschaftswissenschaftler bei Ipea (Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada), einer staatlichen

Denkfabrik in Brasilien.

andre.demelloesouza@alumni.stanford.edu

Twitter: @A_MelloeSouza

GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

www.dandc.eu/de/ez-abonnement

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website (www.dandc.eu) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.



ARBEIT

Pakistans Schattenwirtschaft

Die meisten Entwicklungsländer zeichnen sich durch einen großen informellen Sektor aus – so auch Pakistan. Viele Menschen arbeiten außerhalb des gesetzlichen Rahmens. Vor allem Frauen sind davon betroffen.

Von Marva Khan

Ein großer informeller Sektor hat mehrere Nachteile. Personen, die in der so genannten „Schattenwirtschaft“ tätig sind, kommen in der Regel nicht in den Genuss staatlicher Sozialsysteme wie Renten- oder Krankenversicherung. Die Unternehmen zahlen zudem keine Steuern und tragen somit nicht zur Stärkung der staatlichen Finanzkraft bei. Wenn Arbeitsrechte und Umweltvorschriften nicht angewandt werden, kann dies darüber hinaus erheblichen Schaden anrichten.

Auch in Pakistan gibt es einen großen informellen Sektor. Die Weltbank schätzt, dass er etwas mehr als ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Nach Angaben der Asiatischen Entwicklungsbank sind mehr als 90 Prozent der Unternehmen mit 50 oder weniger Beschäftigten informell tätig.

Laut offiziellen pakistanischen Statistiken von 2020/21 sind fast drei Viertel der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter informell beschäftigt – ein erheblicher Anteil davon in landwirtschaftlichen Betrieben, was typisch für von der Landwirtschaft abhängige Länder ist. Daher ist die informelle Arbeit in ländlichen Gebieten etwas stärker verbreitet als in Städten, wo sie aber immer noch fast 69 Prozent ausmacht. Einige besonders unangenehme Arbeiten – wie das Sortieren und Recyceln von Müll – werden überwiegend informell erledigt.

Viele Faktoren haben im Laufe der Jahre zum Wachstum des informellen Sektors beigetragen. Der wichtigste ist, dass die offiziell registrierten Unternehmen und Regierungsbehörden nicht in der Lage waren, die schnell wachsende Zahl der Arbeitskräfte aufzunehmen. Dies kommt daher, dass Pakistan eine vergleichsweise hohe Geburtenrate hat. Im Jahr 2017/18 lag sie bei durchschnittlich 3,6 Kindern pro Frau. Fast

zwei Drittel der 220 Millionen Einwohner sind zwischen 15 und 33 Jahre alt.

Der leichte Ein- und Ausstieg von Arbeitnehmern in informelle Unternehmen macht diese lukrativ. Etwa 40 Prozent der Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze, 75 Prozent davon sind Frauen, und die Menschen sind oft gezwungen, in informellen Berufen Geld zu verdienen, während sie darauf hoffen, einen lohnenderen Arbeitsplatz im formellen Sektor zu finden. Pakistan hat derzeit mit einem schweren wirtschaftlichen Abschwung und einer hohen Inflation zu kämpfen, so dass viele Menschen bereit sind, harte Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

Außerdem arbeiten viele Frauen in informellen Berufen. Dies ist ein weltweites Muster, das in Pakistan noch stärker ausgeprägt ist, weil viele Frauen die Möglichkeit schätzen, zu Hause Geld zu verdienen. Eine solche Arbeit ist für die Öffentlichkeit unsichtbar. In konservativen Haushalten ist es für Frauen schwierig, das Haus zu verlassen, aber die Familien sind trotzdem darauf angewiesen, dass weibliche Mitglieder zum Haushaltseinkommen beitragen. Doch es

gibt auch Frauen, die eine sichtbare Rolle einnehmen, unter anderem als Leiterinnen von informellen Unternehmen.

In einigen Fällen ziehen es die Menschen sogar vor, die Dinge informell zu halten. Die Behörden sind für ihre bürokratischen und langwierigen Verfahren bekannt, so dass es manchmal einfacher ist, sich nicht mit schwerfälligen rechtlichen Verfahren auseinanderzusetzen.

In der Regel sind informelle Unternehmen klein und arbeitsintensiv. Die Gewinne und Löhne sind in der Regel gering. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass informelle Unternehmer nur schwer Zugang zu Krediten haben. In Pakistan hat sich die Lage jedoch dank der Bemühungen von Mikrofinanzinstitutionen (MFI) etwas verbessert. Einige von ihnen werden von zivilgesellschaftlichen Organisationen und glaubensbasierten Initiativen betrieben, andere von staatlichen Stellen.

Eine herausragende Erfolgsgeschichte der Mikrofinanzierung ist die von Dr. Amjad Saqib gegründete Akhuwat Foundation. Sie hat den Gegenwert von rund 900 Millionen Dollar verteilt und kann eine Rückzahlungsquote von fast 100 Prozent vorweisen.

Die MFI haben den Zugang zu Finanzdienstleistungen erleichtert. Einige bieten sogar zinslose Darlehen an. Die Finanzierungen gehen zudem oft mit technischer Unterstützung, Kapazitätsaufbau und Vorteilen für marginalisierte Gemeinschaften



Ein Arbeiter eines informellen Wollverarbeitungsbetriebs in Peshawar verlor 2016 drei Finger bei einem Unfall.

einher. Viele Unterstützungsprogramme sind auf die Förderung von Frauen ausgerichtet und räumen ihnen entsprechende Priorität ein.

Ein weiterer Nachteil des informellen Gewerbes ist, dass Schutzgesetze oft nicht nur umgangen werden, sondern den Beteiligten oft unbekannt sind. Löhne werden zum Beispiel nicht regelmäßig gezahlt. Die Arbeitssicherheit ist mangelhaft, so dass es zu Unfällen kommt. Es gibt keinen Krankenstand oder Mutterschutz, und die Arbeitnehmer erhalten keinen Urlaub. Mancherorts wird Kinderarbeit praktiziert. Besonders undurchsichtig wird es, wenn Subunternehmer beteiligt sind.

Der Staat ist sich dieser Problematik bewusst. Es wurden einige gesetzgeberische Anstrengungen unternommen, zum Beispiel in der Provinz Sindh. Mit dem „Sindh Home-Based Workers Act of 2018“ sollen die Rechte von informell Beschäftigten geschützt werden. Das Gesetz beinhaltet

- einen Fonds für Heimarbeiter,
- einen Vermittlungsausschuss und
- ein System zur Auftragsüberwachung.

Es bietet Schutz vor der Nichtzahlung von Löhnen, gilt jedoch nur für eine Provinz, in der etwa ein Viertel der Pakistanner lebt. Außerdem ist das Gesetz selbst in Sindh kaum bekannt, so dass die Durchsetzung weiterhin ein Problem darstellt.

Die Geschäftsinhaber leben oft selbst in prekären Verhältnissen. Niedrige Produktivität bedeutet, dass auch ihre Gewinne gering bleiben. Sie erhalten mündliche und nicht dokumentierte Aufträge, so dass sie nicht sicher sein können, selbst zuverlässig und pünktlich bezahlt zu werden. Sie haben auch keine Möglichkeit, die mit ihren Kunden getroffenen Vereinbarungen durchzusetzen.

Als die Covid-19-Pandemie ausbrach, waren informelle Unternehmen besonders anfällig. Plötzliche Ausgangssperren führten dazu, dass viele Aktivitäten sofort eingestellt werden mussten. Selbst wenn die Rohstoffe noch zu Hause verarbeitet werden konnten, wurde der Zugang zu den Ressourcen schwierig. Nach Angaben der Asia Foundation, einer in San Francisco ansässigen Institution, sind die Gewinne der informellen Unternehmen in Pakistan von März 2020 bis März 2021 um fast zwei Drittel eingebrochen. Dementsprechend wurden 60 Prozent der informellen Arbeitskräfte vorübergehend entlassen. Außerdem kürzte ein Viertel der Unternehmen die Löhne, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Davon waren vor allem Frauen betroffen.

Die Pandemie zwang viele Unternehmen, ihre Geschäftsmodelle zu überdenken und neu zu gestalten. Viele begannen, soziale Medienplattformen wie Facebook und Instagram zu nutzen, um sich Zugang zu größe-

ren Märkten zu verschaffen. Die Plattformen halfen den Unternehmen auch dabei, sich zu vernetzen, was es leichter machte, Rohstoffe zu beschaffen oder bei Aufträgen zusammenzuarbeiten. Obwohl die Pandemie viel Leid verursacht hat, sind einige der überlebenden Unternehmen stärker geworden.

Gleichzeitig hat die Internetkriminalität immer mehr zugenommen. Die Digital Rights Foundation, eine pakistanische Organisation für digitale Rechte, geht davon aus, dass 70 Prozent dieser Straftaten Frauen betrafen, die aus vielen Gründen gefährdeter sind, etwa weil sie im Durchschnitt schlechter ausgebildet sind als Männer.

Die Cyberkriminalität erschwerte das Leben der informellen Geschäftsfrauen, von denen viele auch mit anderen geschlechtsspezifischen Problemen zu kämpfen hatten. Wie überall auf der Welt nahm zum Beispiel die häusliche Gewalt zu, und die Kinder, die nicht mehr zur Schule gingen, brauchten mehr Aufmerksamkeit.



MARVA KHAN
ist Assistenzprofessorin für
Rechtswissenschaften an der
LUMS (Lahore University of
Management Sciences) und

Mitbegründerin der Pakistani Feminist
Judgments Project.

marva.khan@lums.edu.pk



Folgen Sie uns auf
Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.





Geflüchtete aus der Demokratischen Republik Kongo an der Grenze zu Uganda im Februar 2022.

INTEGRATION

Geflüchtete als Chance

In Uganda leben derzeit mehr Geflüchtete als in jedem anderen afrikanischen Land. Das bringt Probleme mit sich – aber auch Chancen, wie Fachleute aus Forschung und Praxis betonen.

Von Jörg Döbereiner

Mehr als 1,5 Millionen Geflüchtete beherbergt Uganda Stand August 2022 nach Angaben des UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees). Damit ist das Land mit seinen knapp 50 Millionen Einwohnern eines der wichtigsten Zufluchtsländer weltweit und das größte auf dem afrikanischen Kontinent.

Die Menschen fliehen in das politisch stabile Uganda derzeit vor allem aus

zwei Nachbarländern: der Demokratischen Republik Kongo und dem Südsudan. Aufgrund immer wieder auflodernder Konflikte kamen aus diesen beiden Ländern allein seit Beginn dieses Jahres gut 100 000 Geflüchtete nach Uganda, wie UNHCR und die ugandische Regierung berichten. Daneben befinden sich auch Geflüchtete aus anderen Ländern in Uganda, beispielsweise aus Burundi, Somalia und Ruanda.

Ugandas Politik gegenüber Geflüchteten ist vergleichsweise progressiv: Sie dürfen sich im Land frei bewegen und einer Arbeit nachgehen. Viele von ihnen leben nicht abgeschottet in Camps, sondern unter der einheimischen Bevölkerung. Geflüchtete Kinder besuchen gemeinsam mit einheimischen die Grundschule. Teils erhalten

die Geflüchteten vom Staat etwas Land, um Landwirtschaft betreiben zu können. Nach einem Grund für diese zugewandte Haltung gefragt, verweist man in Uganda gern darauf, dass Fluchterfahrungen auch zur eigenen Geschichte gehören. Im Jahr 1979, nach dem Zusammenbruch der Diktatur Idi Amins, suchten Zehntausende Uganderinnen und Ugander Zuflucht im heutigen Südsudan.

GROSSE HERAUSFORDERUNGEN

Obgleich zahlreiche nationale und internationale Hilfsorganisationen die ugandische Gesellschaft bei der Bewältigung dieser Aufgaben unterstützen, ist die Lage vielerorts schwierig. Schließlich hat Uganda auch unabhängig von der Geflüchteten-Thematik zahlreiche Herausforderungen zu bewältigen, zuletzt etwa enorme Preissteigerungen für Waren des täglichen Bedarfs.

Roselyn Vusia arbeitet für die GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale

Zusammenarbeit) in der Region West-Nil im Nordwesten Ugandas in einem Projekt, das junge Geflüchtete und Frauen bei der beruflichen Bildung unterstützt. Über die Probleme, die ihr während ihrer Arbeit begegnen, sprach sie im September im Rahmen einer Konferenz in Ugandas Hauptstadt Kampala mit dem Titel „Addressing fragility and conflict in developing countries“, federführend organisiert vom deutschen Netzwerk PEGNet (Poverty Reduction, Equity and Growth Network; siehe Kasten unten).

Zu den wichtigsten Herausforderungen im Umgang mit Geflüchteten in Uganda zählt Roselyn Vusia unter anderem:

- Verteilungskonflikte, etwa im Hinblick auf soziale Dienstleistungen, die Geflüchtete erhalten,
- Sicherheitsprobleme,
- überfüllte Klassenräume in den Gastgemeinden,
- Finanzierungsaspekte sowie
- eine mangelhafte Infrastruktur.

Auch berichtet sie von Umweltproblemen, etwa wenn Geflüchtete Bäume abholzen, um sie als Brennholz zu nutzen.

Darüber hinaus herrschen vielerorts unhygienische Verhältnisse, die Krankheiten begünstigen, wie Tony Odokonyero im

Rahmen der Konferenz betonte. Er ist Gesundheitsexperte am Economic Policy Research Centre (EPRC), einer Denkfabrik in Kampala. Auch um die Müttergesundheit stehe es oft schlecht, berichtet er. Unter anderem fehle es an qualifiziertem Gesundheitspersonal sowie Räumlichkeiten und Equipment, etwa für Kaiserschnitte.

POSITIVE AUSWIRKUNGEN

Philip Verwimp, Professor für Entwicklungsökonomie an der Université libre de Bruxelles, legt den Fokus auf positive ökonomische Effekte, die durch die Geflüchteten eintreten könnten. Er verweist unter anderem auf Untersuchungen aus Tansania. Dort sei im Umgang mit Geflüchteten aus Ruanda die Erfahrung gemacht worden, dass viele einheimische Haushalte unterm Strich profitieren.

Ruanderinnen und Ruander seien in Tansania etwa als günstige Arbeitskräfte in der Landwirtschaft eingesetzt worden, was eine höhere Produktivität ermöglicht habe, so Verwimp. So manche tansanischen Bäuerinnen und Bauern hätten sich dadurch von der Subsistenzlandwirtschaft zu kommerzieller Landwirtschaft entwickelt. „Uganda

kann ebenfalls profitieren“, sagt der Wirtschaftswissenschaftler. Es gebe beispielsweise ungenutzte Landflächen, auf denen Geflüchtete Landwirtschaft betreiben könnten.

Verwimp stellt heraus, dass der Umgang mit Geflüchteten in anderen Weltregionen, etwa in der EU, ganz anders sei als in Uganda. „Wir nutzen die Fähigkeiten der Geflüchteten nicht“, kritisiert er. Man sollte diese nicht abgesondert in Camps unterbringen, sondern besser integrieren – dann ließen sich die ökonomischen Herausforderungen angehen. Geflüchtete könnten durchaus produzieren und konsumieren und so ihren Teil zur wirtschaftlichen Entwicklung einer Gesellschaft leisten, argumentiert Verwimp. Die Integration von Geflüchteten sei deshalb im Kern kein wirtschaftliches Problem – sondern vielmehr eine kulturelle Frage.



JÖRG DÖBEREINER
ist Redakteur von E+Z
Entwicklung und
Zusammenarbeit/D+C
Development and

Cooperation
euz.editor@dandc.eu

Die PEGNet-Konferenzen

PEGNet steht für The Poverty Reduction, Equity and Growth Network. Das Netzwerk mit Sitz am Kiel Institut für Weltwirtschaft (IFW) hat es sich zur Aufgabe gemacht, Forschungs-kooperationen in Entwicklungsländern zu unterstützen sowie den Wissensaustausch zwischen Forschung und Praxis zu befördern. Zu diesem Zweck organisiert PEGNet jährlich eine Konferenz, abwechselnd in Europa und in Afrika. Anfang September 2022 fand die Konferenz mit dem Titel „Addressing fragility and conflict in developing countries“ in der ugandischen Hauptstadt

Kampala statt. Mitorganisator war das Economic Policy Research Centre (EPRC), ein politischer Think Tank mit Sitz in Kampala.

PEGNet wurde 2005 gegründet vom IFW, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), der KfW Entwicklungsbank und von Forschenden an den Universitäten Göttingen und Frankfurt. Es wird vom BMZ finanziert. E+Z/D+C ist offizieller Medienpartner der PEGNet-Konferenzen. JD



Diskussionsrunde während der PEGNet-Konferenz 2022 in Kampala, Uganda.

Wirtschaftliche Erholung in Ghana

Die Unternehmen in Ghana erholen sich langsam vom wirtschaftlichen Einbruch durch die Covid 19-Pandemie. Das zeigt eine Erhebung des Ghana Statistical Service (GSS) in Zusammenarbeit mit dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) und der Weltbank.

Die Studie liefert der Regierung und anderen Akteuren wichtige Informationen, um die Auswirkungen der Pandemie auf die Einkommen der Haushalte einzuschätzen. Wie überall auf der Welt gehörten Hotels und Restaurants zu den am stärksten von der Pandemie betroffenen Unternehmen.

Rund 36 Prozent der Betriebe mussten schließen, wobei 16 Prozent auch nach den Lockdowns geschlossen blieben. Darüber hinaus ergab die Studie, dass 46 Prozent der Unternehmen die Löhne von rund einem Viertel ihrer Belegschaft (770 124 Arbeitnehmer) kürzten und 4 Prozent (41 952) der Arbeitnehmer entlassen wurden.

Die Ergebnisse der Statistikbehörde entsprechen Zahlen des Kinderhilfswerks UNICEF, das herausfand, dass fast 22 Millionen Ghanaer aufgrund der Pandemie einen Rückgang des Familieneinkommens hinnehmen mussten. Trotz dieser düsteren Szenarien zeigen die

Daten der dritten Welle, dass sich die Situation im Vergleich zu den ersten Wellen verbesserte. So waren in der dritten Welle fast wieder alle (97,5 Prozent) Unternehmen geöffnet.

Auch bei der Beschäftigung ist zwischen erster und dritter Welle eine Verbesserung festzustellen. Glücklicherweise verloren insgesamt nur wenige Beschäftigten ihre Arbeit. In der dritten Welle meldeten ein Prozent der Beschäftigten, dass sie entlassen wurden, während es in der ersten Welle noch vier Prozent waren. 3,2 Prozent der Arbeitnehmenden mussten ihre Arbeitszeit in der dritten Welle verringern, verglichen mit fast 15 Prozent in der ersten Welle. Nur 4,1 Prozent der Arbeitnehmenden meldeten Lohnkürzungen, während es zuvor 16,5 Prozent waren. Auch die Zahl der unbezahlten Urlaube ging von 7,2 Prozent auf 0,8 Prozent zurück.

Positiv auf Unternehmen wirkten sich laut der Studie die Unterstützungsmaßnahmen der Regierung aus. 2021 wurde ein Programm mit 1,2 Milliarden ghanaischen Cedi (rund 125 Mio. Euro) eingeführt, um mittlere und kleine Unternehmen zu unterstützen, die von der Coronavirus-Pandemie betroffen waren.

Der aktuelle Angriff Russlands auf die Ukraine bringt jedoch neue Herausforderungen mit sich. Die daraus resultierende Inflation wirkt sich auf die Preise für Basiserzeugnisse wie Lebensmittel und Treibstoff (Benzin und Diesel) aus. Ghana leidet unter der Inflation, und die Bürgerinnen und Bürger spüren dies täglich. Das Land hat mit 13,53 Cedi (€ 1,3) pro Tag einen der niedrigsten Mindestlöhne in Westafrika.

Der Steuer- und Unternehmensberater Kofi Benteh Afful erklärt: „Die Inflation ist nicht auf die lokale Wirtschaft zurückzuführen. Wir erleben eine importierte Inflation, die sich auf fast alles auswirkt, was wir kaufen.“ Dieser Kostenanstieg wird seiner Meinung nach nicht so bald aufhören, und Menschen mit geringem Einkommen werden die Folgen am meisten zu spüren bekommen.



DASMANI LAARY
ist Journalist in Ghana.

laarygna@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

63. Jg. 2022

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation. Internet: www.DandC.eu ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 29.09.2022 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren. Wer beitragen will, ist dazu herzlich eingeladen.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:

Selmin Çalıskan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,
Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, Vi.S.d.P.),
Sabine Balk (SB), Jörg Döbereiner (JD), Dagmar Wolf (DW; Assistenz),
Maren van Treel (MVT; Social Media)
Freiberufliche Mitarbeit: Ronald Ssegujja Ssekandi (Kolumne Heutzutage), Aviva Freudmann, Jan Walter Hofmann (Layout),
Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kürhessenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



HOCHWASSER

Unvorbereitet

Pakistan hat zur globalen Erhitzung kaum beigetragen, leidet nun aber unter den Folgen. Die Politiker haben Klimaanpassung auf unverantwortliche Weise vernachlässigt.

Von Imran Mukhtar

Nach heftigen Regenfällen hat Hochwasser Häuser, Straßen und Ernten zerstört. In weiten Teilen Pakistans sind Infrastrukturen wie Schulen, Gesundheitszentren und das Stromnetz ausgefallen. Die ohnehin kränkelnde Volkswirtschaft steht vor dem Kollaps.

Die unerwartet starken Niederschläge starteten Mitte Juni und haben das Leben von 33 Millionen Menschen beeinträchtigt. Hunderte verloren laut der nationalen Behörde für Katastrophenmanagement (NDMA – National Disaster Management Authority) ihr Leben und Hunderttausende ihr Heim, als Städte und Dörfer überschwemmet wurden. Sie mussten in Notlager und an andere sichere Orte fliehen.

Wegen der Ausfälle sind die Lebensmittelpreise in die Höhe geschossen. Die Ernährungssicherheit ist vielfach prekär. Anfang September war ein Drittel des Landes unter Wasser, sodass auch die nächste Saat ausfallen kann. Fachleute schätzen, dass mehr als 900 000 Nutztiere verendeten.

Pakistan hat hohe Schulden, die öffentlichen Kassen sind leer. Internationale Entwicklungsinstitutionen haben ihren Aufwand erhöht, um Menschen vor Hunger, extremem Wetter und Infektionskrankheiten zu schützen. Bei einem Besuch in Pakistan sagte UN-Generalsekretär António Guterres, internationale Unterstützung sei eine Sache der Gerechtigkeit. Die Regierung schätzt die Schadenshöhe auf 30 Milliarden Dollar.

Pakistanische Staatsbedienstete und Fachleute betonen, die Bevölkerung leide unter den Folgen des Klimawandels, zu dessen Entstehung sie kaum beigetragen hat. Hier leben fast drei Prozent der Weltbevölkerung, die aber nur knapp ein Prozent der Emissionen verursachen. Zum Vergleich: Deutschland kommt mit einem Prozent der

Menschheit auf rund zwei Prozent der Klimagase.

Der Begriff „Klimakatastrophe“ passt. Erst hatten wir eine ungewöhnliche Hitzewelle und dann einen besonders heftigen Monsun. Die ausgetrockneten Böden nehmen Wasser besonders schlecht auf. Wegen der rasanten Gletscherschmelze führen die Flüsse obendrein besonders viel Wasser.

Politisch und ökonomisch traf das Desaster Pakistan unvorbereitet. Vor wenigen Monaten verlor Premierminister Imran Khan sein Amt, und die neue Regierung stützt sich auf eine zerstrittene Koalition aus vielen Parteien. Ende August stimmte der Internationale Währungsfonds (IWF) einem 1,1 Milliarden Dollar teuren Kredit zur Wiederbelebung der Wirtschaft zu.

Pakistanische Politiker fordern jetzt Reparationen, weil die Nation ein unschuldiges Opfer einer von anderen verursachten Katastrophe sei. Richtig ist, dass unser Land wenig zum Klimawandel beigetragen hat, aber sträflicherweise haben unsere Staatsinstitutionen die Anpassung daran vernachlässigt. Schlechte Amtsführung, ungenügende Planung und der Mangel an Anpassungsstrategien haben das Desaster verschlimmert.

Dabei spielt eine Rolle, dass Pakistans Kommunalverwaltungen schwach sind und dass Regeln oft gebrochen werden. Viele zerstörte Häuser standen unzulässig nahe an Flussufern. Die Armut zwingt viele Menschen, eigentlich ungeeignetes Land zu besetzen und besiedeln. Die Lehmhütten vieler armer Familien wurden schnell weggespült. Aber auch feste Strukturen aus Ziegelsteinen – Häuser, Restaurants, Hotels – waren fehlplatziert und hielten den Fluten nicht stand.

Ähnliche Schäden gab es schon 2010, als ebenfalls weite Teile Pakistans überflutet wurden. Aus diesen Erfahrungen wurde nichts gelernt. Die Provinzregierungen und Kommunen sorgten nicht für die Einhaltung aller Bauvorschriften. Diesmal stieg das Wasser noch höher und verursachte noch größere Schäden.

Keine Bundes- und Provinzregierung hat das Land auf den Klimawandel vorbereitet. Die Klimakrise wurde nicht beachtet. Pakistan braucht dringend Anpassungsstrategien und muss sie dann auch zügig umsetzen, andernfalls drohen künftig noch größere Schäden. Wir haben die globale Erwärmung nicht verursacht, aber wenn wir uns nicht besser vorbereiten, werden wir nicht in der Lage sein, sie zu bewältigen.



IMRAN MUKHTAR
ist Journalist und lebt in
Islamabad.

imranmukhtar@live.com



Flüchtende auf einer überschwemmten Fernstraße in Sindh.

VERFASSUNGSREFERENDUM IN CHILE

Übers Ziel hinaus

Die „progressivste Verfassung der Welt“ hätte es werden können, jubilierten Medien und Politexperten weltweit – hätten sich Chile Wähler und Wählerinnen beim Volksentscheid nicht deutlich dagegen entschieden. Der neue Verfassungsentwurf wollte zu viel auf einmal erreichen.

Von Eva-Maria Verfürth

Was wäre das für eine brillante Geschichte gewesen, hätten die Chilenen am 4. September dieses Jahres dem neuen Verfassungsentwurf zugestimmt. Die neue Verfassung sollte der krönende Abschluss eines seit Jahren andauernden Reformprozesses werden. Sozialer sollte sie sein, moderner, ökologischer.

Angefangen hat der Reformprozess mit der sozialen Revolte von 2019, die sich gegen Armut und soziale Ungleichheit richtete. 2020 sprachen sich dann in einem Referendum knapp 80 Prozent der Wähler für eine neue Verfassung aus. Die bisherige gilt seit 1980 und wurde von der Pinochet-Diktatur geprägt, die ihre marktliberale Orthodoxie und ihr autoritäres Amtsverständnis darin festschrieb. Im Mai 2021 wurde die verfassungsgebende Versammlung („Convención“) gewählt.

Im Dezember letzten Jahres gewann der linke Politiker Gabriel Boric die Präsidentschaftswahl und trat im März 2022 die Nachfolge des Konservativen Sebastián Piñera an der Staatsspitze an.

Im Sommer legte die Convención nun ihren Verfassungsentwurf vor. Er enthielt Rechtsansprüche auf Gesundheitsversorgung, Wohnraum, Bildung, Altersvorsorge, Internetzugang und saubere Luft. Er sah gesonderte Rechte für indigene Völker vor und versprach Natur- und Tierschutz. Beim Wahlvolk fiel er allerdings durch – über 60 Prozent stimmten dagegen.

Dafür gab es mehrere Gründe. Erstens war der Verfassungsentwurf sehr umfangreich und detailliert. Der Text umfasste ganze 388 Artikel und Bestimmungen zu einer Vielzahl von Themen – von ausgewogener Ernährung über Geschlechterparität in der

Politik bis hin zur individuellen sexuellen Orientierung. Nicht alle Punkte waren konsensfähig.

Das nutzten die Gegner des Entwurfs in ihrer groß angelegten Gegenkampagne „Rechazo“ (Ablehnung). Falschmeldungen im Netz schürten Angst. Sie sagten Entweignungen voraus und warnten vor einer kommunistischen Diktatur. Doch auch unabhängig davon gingen vielen Stimmberechtigten manche Vorschläge zu weit.



Über 60 Prozent machten ihr Kreuz bei „Nein“.

Nicht nur das Recht auf Abtreibung bleibt umstritten. Auch Änderungen am Staatsapparat wie die Auflösung des Senats standen in der Kritik.

Obendrein geriet die Convención selbst in die Kritik. Umfragen zeigen, dass viele Chilenen und Chileninnen angesichts diverser Skandale an ihrer Legitimität zweifelten. Rechtspopulistische Agitation verschärfte diese Skepsis.

Das Referendum geriet so zunehmend zur parteipolitischen Abstimmung. Die Opposition wettete gegen den Entwurf, die Regierung stellte sich dahinter. Es war

offensichtlich nicht gelungen, die Verfassungsreform von der Tages- und Parteipolitik zu lösen. Eine Verfassung aber ist kein parteipolitisches Programm. Sie soll vielmehr möglichst knapp und klar Grundwerte definieren sowie Grundregeln für Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung festlegen. Was die Convención vorlegte, ähnelte dagegen zu sehr der parteipolitischen Programmatik der Linken.

Beendet ist der Verfassungsprozess in Chile damit nicht. Kurz nach dem Referendum einigte sich der Senat auf den weiteren Fahrplan, der mit der Wahl einer neuen verfassungsgebenden Versammlung beginnen wird.

Diese wird die Chance haben, es besser zu machen. Sie sollte weniger Wert auf

detaillierte Bestimmungen legen, sondern darauf, dass mehr Bürger und Bürgerinnen sich vertreten fühlen. Ein beratendes Expertengremium soll die Glaubwürdigkeit der Beschlüsse erhöhen. Wichtig wird sein, dass die Opposition nicht wieder den ganzen Prozess diskreditiert.



EVA-MARIA VERFÜRTH
ist freie Journalistin,
Gründerin und Chefredakteurin des Onlinemagazins Tea after Twelve.

eva.verfurth@gmail.com



Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) besichtigt den Bundeswehr-Stützpunkt in Tillia in Niger.

MALI UND NIGER

Kein Frieden ohne Strategie

Die Bundesregierung ist derzeit mit insgesamt acht Ministerien in Mali und Niger aktiv. Dennoch folgt dieses Engagement keinem geteilten Verständnis von nachhaltigem Frieden, und es fehlt an einer gemeinsamen politischen Strategie, wie Deutschland in Mali und Niger zum Frieden beitragen kann. Dies sollten die politischen Akteure ändern.

Von Simone Schnabel und Antonia Witt

Mit den 2017 verabschiedeten Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ hat sich die Bundesregierung ein ambitioniertes Ziel gesetzt. Außenpolitisches Handeln in Krisen- und Konfliktländern soll einem ressortgemeinsamen Ansatz folgen und sich an vier Handlungsprinzipien orientieren:

1. Menschenrechte achten, schützen und gewährleisten,
2. kontextspezifisch, inklusiv und langfristig orientiert handeln,
3. Risiken transparent machen, kohärent handeln und Sorgfaltspflichten beachten sowie
4. dem Primat der Politik und Vorrang der Prävention folgen.

Eine Studie untersuchte am Beispiel der Länder Mali und Niger, inwieweit diese Leitlinien in der Praxis umgesetzt werden und wie das deutsche Engagement vor Ort wahrgenommen wird. In Auftrag gegeben hat die Studie der „Beirat der Bundesregie-

rung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung“, ein Gremium aus 20 Mitgliedern aus den Bereichen der internationalen Zusammenarbeit, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen.

Das Ergebnis ist klar: Die Bundesregierung setzt die in ihren Leitlinien formulierten Ziele nur unzureichend um. Zwar gibt es eine Vielzahl an Instrumenten, die eine Koordination aller Ressorts ermöglichen. Diese decken jedoch nur einen Teil der in Mali und Niger aktiven Ressorts ab. Auch haben die Ministerien kein gemeinsames Verständnis davon, wie ein nachhaltiger Frieden erreicht werden soll und wie Deutschland konkret daran mitwirken kann.

Anders als es die Leitlinien vorsehen, hat die Bundesregierung bisher weder für Mali noch für Niger länderspezifische politische Gesamtstrategien formuliert, die das Ziel der Förderung nachhaltigen Friedens operationalisieren. Diese strategische Lücke steht in Widerspruch zu dem seit 2012 massiv ausgeweiteten deutschen Engagement in beiden Ländern. Dieses umfasst den aktuell größten Bundeswehr-Einsatz im Ausland, Ausbildung der Polizei, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Durch das Fehlen einer Gesamtstrategie macht sich Deutschland stark von Frankreichs Politik abhängig, die aber militärisch und politisch in der gesamten Region gescheitert ist.

Auch bei der Umsetzung der Maßnahmen handelt die Regierung nicht immer

konsequent nach ihren Leitlinien. So gibt es keine systematische Strategie zur Konfliktprävention und auch Menschenrechte haben nicht den in den Leitlinien vorgesehenen Fokus. Das beklagt auch die örtliche Zivilgesellschaft, denn Straflosigkeit und das Fehlen einer legitimen Gerichtsbarkeit gelten als eine Schlüsselursache der Gewaltkonflikte. Ausdrücklich gelobt wird indesens Deutschlands langfristiges Entwicklungsengagement.

Auf dieser Grundlage empfehlen wir den betreffenden Bundesministerien, gemeinsame Strategien für Krisen- und Konfliktländer zu entwickeln, die die Förderung eines nachhaltigen Friedens für die jeweiligen Länder operationalisieren. Wir empfehlen außerdem, mehr in die Prävention von Konflikten zu investieren und deutsche Botschaften vor Ort stärker in strategische Prozesse zur Ausrichtung des Engagements einzubeziehen.

In Mali sollte die Bundesregierung nationale und lokale Strukturen zur Konfliktregelung stärker fördern. Für Niger empfehlen wir einen institutionalisierten Dialog mit der Zivilgesellschaft. Dieser ist insbesondere vor dem Hintergrund der aktuell diskutierten Ausweitung des deutschen Engagements in Niger unabdingbar, um den gesellschaftlichen Anschluss, anders als in Mali, nicht zu verlieren.

LINK

Friedenspolitische Kohärenz im deutschen Regierungshandeln. Lehren aus Mali und Niger. (Liegt bisher nur auf Deutsch vor, französische und englische Fassungen werden vorbereitet.)

<https://beirat-zivile-krisenpraevention.org/publikation/friedenspolitische-kohaerenz-im-deutschen-regierungshandeln/>



ANTONIA WITT

ist Leiterin der Forschungsgruppe „African Intervention Politics“ beim Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und Mitautorin der genannten Studie. Baba Dakono und Abdoul Karim Saidou haben an der Studie mitgewirkt. witt@HSFK.de



SIMONE SCHNABEL

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der HSFK und Studien-Mitautorin. schnabel@HSFK.de

WELTPOLITIK

Ist „Amerika wieder da“?

Kurz nach Amtsantritt sagte US-Präsident Joe Biden: „America is back.“ Es ging darum, dass sein Land nach seinem unberechenbaren Vorgänger Donald Trump nun wieder als konstruktiver Partner internationaler Bündnisse Demokratie uneingeschränkt unterstützen und eine regelbasierte Weltordnung befürworten werde. Die Botschaft war willkommen, aber nicht völlig überzeugend.

Von Hans Dembowski

Biden trat zwar schnell dem Pariser Abkommen zum Klimawandel wieder bei, aber seine Klimapolitik kam im Kongress monatelang nicht voran. Zudem scheute sich der Präsident, sich klar von seinem Vorgänger und dessen Anhängern zu distanzieren, obwohl diese sich offensichtlich undemokratisch verhielten. Besonders deutlich wurden die autoritären Neigungen Trumps beim Aufstand im Kongressgebäude am 6. Januar 2021, aber sie waren schon vorher zu erkennen. Ein Spitzenpolitiker wie Biden, der sich gegen autoritäre Tendenzen weltweit ausspricht, aber zu ähnlichen Entwicklungen zu Hause schweigt, verliert an Glaubwürdigkeit.

In den vergangenen Wochen hat sich vieles zum Besseren gewendet. Der Kongress hat eine ehrgeizige Klimapolitik be-

schlossen, um die Treibhausgasemissionen der USA bis zum Ende des Jahrzehnts auf 60 Prozent des Niveaus von 2005 zu senken. Biden strebte ursprünglich 50 Prozent an, was noch besser gewesen wäre, aber seine Diplomaten reisen immerhin nicht mit leeren Händen zum Klimagipfel in Ägypten im November.

Außerdem hat Biden begonnen, Trump und ihn unterstützende Republikaner klar als Bedrohung der Demokratie zu benennen. Meinungsumfragen zufolge können seine Demokraten nun ihre Senatsmehrheit bei den Kongresswahlen im Herbst wohl verteidigen und möglicherweise auch im Repräsentantenhaus behalten. Wenn beides gelänge, wären weitere Beschlüsse zur Klimapolitik und zur Verteidigung der Demokratie möglich.

Beide Themen haben für die internationale Entwicklung enorme Relevanz. Die Klimakrise eskaliert, und ohne die USA ist kein Fortschritt möglich. Weltweit verursachen extreme Wetterlagen zunehmende Schäden (siehe Schwerpunkt in der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2022/06). Auch die USA sind betroffen.

Aus verschiedenen Gründen werden die Klimaverhandlungen in Sharm el-Sheikh im November schwierig werden. Der Ukrainekrieg führt zu enormen Klima-

emissionen, die die internationale Öffentlichkeit bislang noch weitgehend ignoriert. Kurzfristig ist zudem das Interesse an fossiler Energie gestiegen. Inflation – eine Folge des Krieges, aber auch der von Corona unterbrochenen Lieferketten – belastet viele Volkswirtschaften. Die Debatte darüber, was Nationen mit hohen Einkommen weniger glücklichen Völkern schulden, wird großen Raum einnehmen. Es macht die Sache nicht leichter, dass Erstere viele Versprechen nicht erfüllt haben. Andererseits hat der Krieg das langfristige Interesse an erneuerbarer Energie neu angefeuert, und die Zahl derjenigen, die bestreiten, dass sich das Klima erhitzt, ist angesichts unleugbarer Schäden kleiner geworden.

Die Verhandlungen werden hart. Die Aussicht wäre arg düster, wenn von Anfang an feststünde, dass von den USA nichts zu erwarten ist.

Gut ist auch Bidens neu formulierte Haltung zur US-Demokratie – vor allem wenn seine Partei in den Kongresswahlen gut abschneidet. Leider prägt kurzfristiges Denken demokratische Politik. Nur wenige Demokratien haben sich seit dem Erdgipfel in Rio 1992 Umweltproblemen mit dem nötigen Ehrgeiz gestellt. Allerdings übernehmen Despoten tendenziell noch weniger Verantwortung. Sie konzentrieren sich auf das Überleben ihres Regimes und sorgen sich wenig um das Gemeinwohl, wenn ihr Repressionsapparat stark genug ist. Russland hat sich beispielsweise in der Klimapolitik noch nie profiliert. Seit seinem Überfall auf die Ukraine stocken Verhandlungen über den Schutz der unverzichtbaren borealen Wälder. China hat in der Vergangenheit eine konstruktive Rolle gespielt, neigt aber inzwischen mehr zu engstirnigen Nationalismus.

Sowohl mit Blick auf Klima als auch Demokratie hat Biden begonnen zu liefern. Mehr ist nötig. Wenn andere ihre Klimaziele hochschrauben sollen, wird das auch von den USA erwartet werden. Das Rechtssystem der USA muss zudem Trump zur Rechenschaft ziehen. Andernfalls dürfte Straflosigkeit auch anderswo, wo der Rechtspopulismus virulent ist, zur Norm werden.



Präsident Biden besichtigt im August Hochwasserschäden in Kentucky.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammen-
arbeit/D+C Development and
Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

Schulbesuch nach monatelanger
Schließung in Lagos, Nigeria, 2020.



HERBERT MACAULAY GIRLS'
SENIOR HIGH SCHOOL SABO YABA



**NO FACE MASK
NO ENTRY**

Protect yourself and others

SCHWERPUNKT

Folgen der Pandemie

„Wir reden nicht genug darüber, was wir durchgemacht haben.“
INTERNATIONALE BEITRAGENDE, S. 16

„Nicht das Virus stellte die größte Herausforderung dar, sondern vor allem das Krisenmanagement der Regierung.“
SAMIR ABI, S. 19

„Es kam weltweit zu mehr Gewalt gegen Frauen.“
GLORY MAKENA UND BRIANNA GUIDORZI, S. 21

„Die Pandemie hat die Kluft in der Digitalisierung vertieft.“
MAHWISH GUL, S. 22

„Jetzt arbeiten wir tatsächlich sogar effizienter als vor Corona.“
EYRAM TAWIA, S. 25

„Es ist dringend nötig, dass die internationale Gemeinschaft Schulden umwandelt oder erlässt.“
KATHRIN BERENSMANN, S. 27

„Im Rückblick sehe ich echte Schwierigkeiten, aber kein Desaster.“
MANZUR KADIR AHMED, S. 29

„Aus globaler Perspektive war der Anteil grüner Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise relativ gering.“
ANDREAS BURGER, S. 31

„Covid-19 hat sich in Gefängnissen schnell ausgebreitet.“
JANE ESCHER, S. 33



Menschen in Malawi warten auf Corona-Impfung im Ndirande Health Centre in Blantyre, 2021.

Covid-19 weltweit

Die Pandemie hat den Alltag der Menschen auf der ganzen Welt beeinflusst. Viele haben eine nahestehende Person verloren und wurden selbst krank oder arbeitslos. Selbstverständlichkeiten wie Händeschütteln, Reisen oder das eigene Arbeitsumfeld standen plötzlich in Frage. Wir haben einige unserer Autorinnen und Autoren gebeten, ihre persönlichen Erfahrungen mit uns zu teilen. Hier sind ihre Eindrücke.

MALAWI: UNWÜRDIGE BEGRÄBNISSE

Als die Zahl der Covid-19-Fälle in Malawi anstieg, ergriff die Regierung strenge Maßnahmen: Sie machte Büros, Geschäfte und auch die Landesgrenzen dicht und verordnete Social Distancing. Eine Maßnahme, die ich schwer erträglich fand, war die Art und Weise, wie Menschen beerdigt wurden, die an Covid-19 gestorben waren. Sie bekamen kein würdiges Begräbnis. Nicht einmal Verwandte durften an der Beerdigung teilnehmen, geschweige denn Freunde und Bekannte, wie es sonst üblich ist. Das wurde mir besonders bewusst, als ich an der Beerdigung eines ehemaligen Arbeitskollegen teilnahm, der an Nierenversagen gestorben war. Auf dem Friedhof in Lilongwe, der Hauptstadt Malawis, sah ich das Grab eines anderen guten Bekannten. Er war an Covid-19 verstorben. Ich war schockiert: Nur einen Monat vor seinem Tod hatte ich mit ihm gesprochen. Jetzt musste ich seinen Namen auf einem Grab sehen – und konnte mich nicht einmal bei einer angemessenen Beerdigung von ihm verabschieden.



RAPHAEL MWENINGUWE
ist freier Journalist in Malawi.

raphael.mweninguwe@hotmail.com

NIGERIA: REISEBESCHRÄNKUNGEN UND JOBVERLUSTE

Als Journalistin bin ich vor der Pandemie viel gereist. Einmal im Jahr besuchte ich zum Beispiel die Internationale Arbeitskonferenz im schweizerischen Genf. Als Covid-19 ausbrach, konnten Medienschaffende in Nigeria aber nicht einmal mehr Aufträge auf lokaler Ebene angehen, weil das Reisen innerhalb des Landes eingeschränkt war. Einige meiner Kolleginnen und Kollegen haben ihre Arbeit verloren und arbeiten jetzt freiberuflich mit geringerem Einkommen. Ich weiß auch von einem ehemaligen Gewerkschafter, der entlassen wurde. Der Mann arbeitete in einem Hotel, jetzt betreibt er Landwirtschaft in Vollzeit. Viele Beschäftigte in Nigeria wurden entlassen mit dem Versprechen, dass sie zurückgeholt würden, sobald sich die Lage bessern würde. Allerdings bekamen sie diese zweite Chance nie, weil die Wirtschaftskrise anhält. Ein positiver Aspekt der Covid-19-Pandemie ist immerhin, dass die Menschen in Nigeria jetzt mehr auf ihre Gesundheit achten.



BIMBOLA OYESOLA
ist eine in Lagos lebende Journalistin.

oritokeoyee@gmail.com

NEPAL: TRAUERnde GESELLSCHAFT

Nepal ist eine Nation in Trauer. Wir alle haben während der ersten, zweiten oder dritten Welle der Covid-19-Pandemie eine nahestehende Person verloren: Familienangehörige, Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen. Meine Tante mütterlicherseits beispielsweise wurde nach ihrer Infektion nicht rechtzeitig intensivmedizinisch versorgt – und starb. Ich selbst machte zwei Infektionen durch und bangte um mein kleines Kind, während ich zu Hause in Quarantäne war. Derzeit wird viel gesprochen über die „neue Normalität“ oder die Digitalisierung. Aber wir reden nicht genug darüber, was wir durchgemacht haben. Außerdem tut es weh zu wissen, dass viel Leid hätte vermieden werden können, wenn Nepal ein besseres Gesundheitssystem hätte. Einige Menschen könnten noch am Leben sein, hätten mehr Krankenhausbetten zur Verfügung gestanden, insbesondere auf den Intensivstationen. Die Regierung hat es jedoch versäumt, rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.



RUKAMANEE MAHARJAN
ist Assistenzprofessorin für Recht an der Tribhuvan-Universität in Kathmandu.

rukumaharjan@gmail.com

SAMBIA: MANGEL AN MEDIKAMENTEN

Seitdem die ersten Covid-19-Fälle im März 2020 in Sambia auftraten, ist das Leben im Land beeinträchtigt. Besonders hart erwischte es den Gesundheitssektor. Aufgrund der ungewöhnlich hohen Nachfrage gingen den medizinischen Einrichtungen wichtige Medikamente aus, etwa Hustensäfte, Schmerzmittel und Vitamin-C-Präparate. Dieser Mangel hatte auf den Alltag vieler Menschen negative Auswirkungen. Für meinen Fünffährigen stand beispielsweise eine Routineoperation in unserer örtlichen Klinik an, als Covid-19 ausbrach. Er konnte aber zunächst nicht operiert werden, weil die notwendigen Medikamente und chirurgischen Instrumente fehlten. Glücklicherweise fand die Operation inzwischen statt. Die Regierung hat es versäumt, voranzuplanen und genügend Medikamente und medizinische Ausrüstung zu beschaffen – das ist sicherlich eine der wichtigsten Lehren aus Covid-19 in Sambia. Das Land muss sich auf künftige Notsituationen definitiv besser vorbereiten.



DERRICK SILIMINA
ist freier Journalist aus Lusaka.

derricksilimina@gmail.com

BRASILIEN: VIEL LEID, WENIGE VORTEILE

Für den Großteil der Armen und Benachteiligten in Brasilien war die Pandemie bisher einfach nur grausam. Viele Menschen wurden arbeitslos und haben jegliche Perspektive verloren. Zu viele kamen ums Leben. Präsident Jair Bolsonaro goss noch Öl ins Feuer, indem er die Gefahr des Virus herunterspielte. Brasilien hatte zum Beispiel

anfangs nicht genug Impfstoff, weil er sich weigerte, welchen zu kaufen. Ich hatte den Eindruck, dass sich niemand für uns einsetzt, und war emotional erschöpft. Die Pandemie brachte aber auch Vorteile. Ich hatte das Glück, im Homeoffice arbeiten zu können. Das spart Zeit, und ich bin der Kriminalität in Rio de Janeiro weniger ausgesetzt. Die Krise hat mich – und viele andere in Brasilien – nachdenklich gemacht: Zu oft verschwenden wir unsere Zeit mit stressigem Pendeln, mit Jobs, in denen wir wenig Wertschätzung erfahren, und mit Problemen, für die es eigentlich Lösungen gibt.



THUANY RODRIGUES
ist Journalistin in Rio de Janeiro.

thuanyrodrigues@gmail.com



Bestattung eines Covid-19-Opfers 2021 in Kathmandu, Nepal.

PAKISTAN: HOMEOFFICE VERSCHÄRFT UNGLEICHHEIT

Als Pakistan in den Lockdown ging, führten viele Büros und auch Bildungseinrichtungen das Homeoffice ein. Das hat die bereits bestehenden Ungleichheiten im Land verschärft. Ein Großteil der städtischen Elite hatte Zugang zu digitaler Infrastruktur und konnte weiterarbeiten – aber ein erheblicher Teil der Bevölkerung wurde dadurch abgehängt. Die Mehrheit in Pakistan hat keinen Internetzugang. Von den anderen hatten viele außerhalb ihres gewohnten Umfelds auch ihre Schwierigkeiten. Ich bin Juraprofessorin an einer Eliteuniversität, und meine Studierenden sind eher privilegiert. Aber als sie ihre Wohnheime verlassen mussten, hatten selbst von ihnen viele keinen Zugang mehr zu der nötigen Technik und stabilem Internet. Einigen fehlte zu Hause ein Raum für sich, um Online-Vorlesungen konzentriert folgen zu können. Das hat ihr Lernen beeinträchtigt, sodass ich sie unterstützen musste, unter anderem mit aufgezeichneten Vorlesungen. Insbesondere Studentinnen mussten zudem stärker im Haushalt mithelfen und versäumten deshalb des Öfteren den Unterricht.



MARVA KHAN
ist Assistenzprofessorin für Recht an der LUMS (Lahore University of Management Sciences).

marva.khan@lums.edu.pk

BURUNDI: HÄNDESCHÜTTELN

Vor der Pandemie waren es die Menschen in Burundi gewohnt, sich mit Handschlag zu begrüßen – sowohl an der Küste in Bujumbura, der größten Stadt des Landes, als auch im Landesinneren. Doch jetzt gehen die Menschen unterschiedlich damit um. Während meiner Arbeit als Journalistin traf ich zum Beispiel die 60-jährige Marguerite aus der Provinz Muramvya. Ihr fällt es schwer, anderen älteren Frauen nicht die Hand zu geben. Selbst während des christlichen Gottesdienstes schüttelt sie hin und wieder anderen die Hand, obwohl das

offiziell verboten ist. Andere dagegen haben mehr Angst, wie zum Beispiel die 50-jährige Agrippina aus Bujumbura. Sie gibt Leuten auf der Straße grundsätzlich nicht die Hand. Für den Ernstfall hat sie in ihrer Handtasche immer Infektionsmittel dabei – ein Verhalten, das ich in der Stadt schon bei so manchen beobachtet habe.



MIREILLE KANYANGE
arbeitet als Journalistin für Radio Isanganiro in Burundi.

mika.kanyange@gmail.com

DEUTSCHLAND: SCHNELLES, BEHERZTES HANDELN IST MÖGLICH

Corona war für uns wohlstands- und freiheitsverwöhnte Deutsche traumatisch. Plötzlich durfte man nicht einmal mehr die engste Familie treffen. Das war bis dato unvorstellbar, und ich verfiel in einen Schockzustand. Dazu kam die Todesangst vor dem Virus. Für meine Kinder war die Situation besonders schlimm. Trotz dieser schweren Beeinträchtigung unseres Lebens bin ich demütig und dankbar, in Deutschland zu leben. Wir haben mit als die Ersten in der Welt die lebensrettenden Impfstoffe und Medikamente bekommen, und wir hatten immer die bestmögliche medizinische Versorgung. Ich kann Corona sogar eine positive Seite abgewinnen. Die Pandemie hat gezeigt, dass schnelles, unkonventionelles Handeln möglich ist. Viele Millionen Menschen haben von heute auf morgen von zu Hause gearbeitet. Dadurch ist viel CO₂ eingespart worden. Ich finde, das sollte die Welt auch nach Corona beibehalten: möglichst wenig unnötige Reisen und ein sehr entschlossenes Handeln in der Klimakrise.



SABINE BALK
ist Redakteurin von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit /D+C Development and Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



Ein Pakistaner füllt Sauerstoffflaschen nach, da die Nachfrage aufgrund von Covid-19-Patienten 2021 stark anstieg.



Mobilität ist auch in der Pandemie wichtig: Verkehr in Togos Hauptstadt Lomé im Dezember 2020.

TOGO

Solidarität als Lösung

Covid-19 hat viele afrikanische Staaten weniger hart getroffen als zunächst befürchtet. Doch die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung haben tiefgreifende Auswirkungen. In Togo führten sie zu Aufständen, einem Aufblühen der Schattenwirtschaft – und schließlich auch zu mehr Solidarität.

Von Samir Abi

Die Covid-19-Pandemie hat die Menschen in Togo besonders hart getroffen. Und das, obwohl Statistiken zeigen, dass die für den afrikanischen Kontinent prognostizierte Anzahl an Todesopfern bei weitem nicht eingetreten ist. Nicht das Virus stellte die größte Herausforderung dar, sondern vor allem das Krisenmanagement der Regierung.

So gab es zwischen März 2020 und Juli 2022 nur 282 Todesfälle bei 38 410 infizierten Personen in einer Bevölkerung von 8 Millionen. Zwar ist Vorsicht geboten im Umgang mit solchen Statistiken – bekanntermaßen kann es schwierig sein, in Afrika Daten zu sammeln. Doch erklären die Zahlen die Unzufriedenheit der togoischen Bevölkerung mit der Kommunikation der Regierung während der Pandemie. Hatten die Menschen zunächst große Angst vor dem

Virus, so lehnten sie doch schnell die rigorosen Maßnahmen ab, die zur Pandemiebekämpfung eingeleitet wurden. Es folgte ein gewaltloser Widerstand, der noch immer spürbar ist, etwa wenn Teile der Bevölkerung Impfungen ablehnen.

Ärztinnen und Ärzte waren in Togo vor der Corona-Krise sehr angesehen, doch die Pandemie hat das Vertrauen der Bevölkerung in medizinisches Fachpersonal beschädigt. Der Zugang zum Gesundheitswesen war freilich auch schon zuvor schlecht. Die Digitalzeitung Republicoftogo enthüllte 2018, dass es im Land insgesamt 139 Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmediziner sowie 295 Fachärztinnen und Fachärzte gab, das heißt auf einen Arzt oder eine Ärztin kamen gut 16 700 Einwohner.

In Krankenhäusern und Pflege arbeiteten weniger als 40 000 Menschen. Der Zugang zu öffentlichen und privaten Gesundheitseinrichtungen ist auch seither ein Privileg geblieben, das weniger als 10 Prozent der togoischen Bevölkerung vorbehalten ist, darunter Beamte der öffentlichen Verwaltung.

Viele verlassen sich deshalb auf traditionelle Heilerinnen und Heiler zurück – oder beschaffen sich selbst Heilmittel im Straßen-

verkauf. In die Notaufnahmen kommen viele Patientinnen und Patienten erst, wenn ihre Krankheit bereits deutlich fortgeschritten ist. Dies führt zu zahlreichen Todesfällen. Darüber hinaus befinden sich medizinisches Fachpersonal und Gesundheitseinrichtungen oft in den Städten. Jene 80 Prozent der Bevölkerung, die in ländlichen Gebieten leben, haben kaum eine Chance auf regelmäßige fachmedizinische Betreuung.

NACHHOLBEDARF IM GESUNDHEITSWESEN

Das war nicht immer so. Nach der Unabhängigkeit Togos 1960 versuchte die Regierung, eine flächendeckende und bevölkerungsnaher Gesundheitsversorgung aufzubauen. Diese Anstrengungen endeten aber wegen der Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und Internationalem Währungsfonds in den 1980er. Die Krise im Zusammenhang mit der Demokratisierung des Landes 1990 war ebenfalls problematisch. Ein Vierteljahrhundert fehlender Gesundheits-Investitionen ist nachzuholen.

In den 2000er-Jahren streikte das Gesundheitspersonal aufgrund der Unterfinanzierung des Sektors. Die wiederholten Spannungen mit der Regierung und die mangelnde Wertschätzung veranlassten viele Ärztinnen und Ärzte dazu, nach Europa auszuwandern, um dort unter besseren Bedingungen zu arbeiten und zu leben.

Die Corona-Pandemie erschwerte allerdings Investitionen in das Gesundheitssystem. Zu Beginn der Krise verfügte Togo nur über vier Beatmungsgeräte für die gesamte Bevölkerung. Kurzfristig musste das Land deshalb 250 weitere Atemgeräte anschaffen – neben Covid-Tests, Mund-Nasen-Masken, andere Ressourcen und schließlich auch Impfstoff. Dies erfolgte auf Kosten des Aufwands für andere Krankheiten wie Malaria, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Magen-Darm-Erkrankungen.

Da die Bevölkerung der Impfung misstrauete, führte die Regierung weitreichende Maßnahmen ein. Nur Geimpfte hatten beispielsweise noch Zugang zum öffentlichen Dienst. Anstatt die gesamte Bevölkerung gegen eine gemeinsame Gefahr zu vereinen, diente der Kampf gegen die Pandemie für die Regierung als Vorwand, um bürgerliche Freiheiten zu untergraben und die Bürgerinnen und Bürger stärker zu kontrollieren.

Dem Beispiel anderer Länder folgend, schloss die togoische Regierung öffentliche



Leerer öffentlicher Raum Ende 2020 wegen Lockdown.

Verwaltungen und Bildungseinrichtungen. Außerdem führte sie Abstandsregelungen im öffentlichen Raum ein. Es gab nächtliche Ausgangssperren und ein Reiseverbot zwischen den Städten. Da ein erheblicher Teil der Bevölkerung darauf angewiesen ist, mobil zu sein, waren diese Maßnahmen für viele schwer zu akzeptieren. Insbesondere gegen die nächtlichen Ausgangsbeschränkungen erwuchs starker Protest. Die Polizei setzte die Ausgangssperre brutal durch. Sie misshandelte informell Beschäftigte, die während der Ausgangssperre spät nach Hause kamen. Ein junger Familienvater kam ums Leben, als die Polizei auf ihn schoss, um die Einhaltung der Ausgangssperre durchzusetzen.

In Togo hängt das Einkommen der Privathaushalte primär von informellen wirtschaftlichen Aktivitäten ab, etwa in der Landwirtschaft, im Einzelhandel auf den Straßen und Märkten, in persönlichen Dienstleistungen sowie im Fernhandel und Transportwesen. In diesem Umfeld führten die Einschränkungen zur Pandemiebekämpfung zwangsläufig zu einer sozialen

Krise. Die Ersten, die sich beschwerten, waren benachteiligte Bevölkerungsgruppen auf dem Land und in den Arbeitervierteln der Städte. Die Maßnahmen hinderten sie schlicht daran, ihren täglichen Lebensunterhalt zu verdienen.

Der togoische Staat sah sich gezwungen, Maßnahmen gegen den Hunger und Unmut der Bevölkerung zu ergreifen, um eine soziale Revolte zu verhindern. Mehr soziale Sicherheit war gefragt – in einem Umfeld geprägt von sinkenden Einnahmen aus Steuern und Tourismus, einer rückläufigen internationalen Nachfrage nach Rohstoffen sowie geringeren Rücküberweisungen von Migrantinnen und Migranten an ihre Familien.

In dieser Situation setzte die Regierung auf die Aufnahme neuer Schulden und auf Innovationen. Sie führte einen Fondsfonds für Bedürftige ein und schuf für die Verwaltung eine digitale Plattform namens „Novissi“. Das bedeutet „Solidarität“ in der Sprache Ewe, die in den meisten Regionen Togos gesprochen wird. Über die Plattform konnten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des informellen Sektors, die zu Beginn der Pandemie arbeitslos geworden waren, ein Ersatz Einkommen beziehen. Auf diese Weise wurden 13,3 Milliarden CFA-Francs (20,2 Millionen Euro) an 820 000 Menschen ausgezahlt, ohne dass diese ihre Häuser verlassen mussten.

SOLIDARITÄT UND SOZIALE SICHERHEIT

Die Pandemie hat somit eine Dynamik in Gang gesetzt, die zu mehr nationaler Solidarität und universeller sozialer Sicherheit

führte. Daran war vor der Krise nicht zu denken. Unter anderem übernahm der Staat auch Strom- und Wasserrechnungen und unterstützte besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen mit Nahrungsmittelhilfen.

Gleichwohl konnten diese Maßnahmen nicht alle Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger decken. Um zu verhindern, dass die Hungerrevolten anderer westafrikanischer Länder auch Togo erreichen, lockerte der Staat die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung relativ schnell. So konnten die wirtschaftlichen Aktivitäten wieder aufgenommen werden.

Eine der wenigen beibehaltenen Maßnahmen war die Grenzschließung zu den Nachbarländern – geöffnet wurden nur die Luftgrenzen. Allerdings sind die Landesgrenzen in Westafrika schwer zu überwachen, und der grenzüberschreitende Handel ist wichtig für die Wirtschaft, insbesondere in dem Korridor, der die Städte Lagos (Nigeria), Cotonou (Benin), Lomé (Togo), Accra (Ghana) und Abidjan (Côte d'Ivoire) miteinander verbindet. Da die Grenzen von Beginn der Pandemie bis zum Sommer 2022 geschlossen blieben, entstand eine Schattenwirtschaft mit verschiedenen Arten von Schmuggel. Manche Importwaren wurden knapp, und die Bevölkerung musste auf den Märkten hohe Preise zahlen.

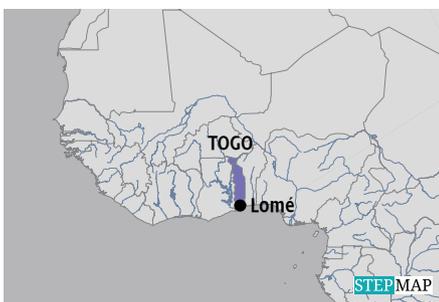
Mittlerweile sieht es so aus, als habe Togo die Krise überstanden. Eine wesentliche Lehre aus der Pandemie wird aber hoffentlich sowohl der Bevölkerung als auch der Regierung in Erinnerung bleiben: Unsere globalisierte Welt ist vernetzt. Millionen von Menschen in den ländlichen Gebieten Togos wurde erst während der weltweiten Gesundheitskrise bewusst, dass weit entfernt stattfindende Ereignisse konkrete Auswirkungen auf ihr tägliches Leben haben können.

Diese globale Vernetzung erfordert allerdings auch eine weltweite Solidarität. Wir müssen uns bewusst werden, welchen Einfluss die Handlungen Einzelner auf die gesamte Menschheit haben können. Nur so sind wir in der Lage, uns in Zukunft gegenseitig vor weiteren Katastrophen zu schützen.



SAMIR ABI
arbeitet für Visions Solidaires, eine nichtstaatliche Entwicklungsorganisation in Togo.

samirvstg@gmail.com



FRAUENRECHTE

Partnerschaften für Empowerment

Aufgrund der Covid-19-Pandemie kam es weltweit zu mehr Gewalt gegen Frauen – besonders betroffen waren krisengeschüttelte Länder wie der Südsudan. Humanitäre Organisationen sollten deshalb enger mit lokalen Frauengruppen zusammenarbeiten.

Von Glory Makena und Brianna Guidorzi

Auf dem Höhepunkt der Pandemie nahm die Gewalt gegen Frauen so stark zu, dass das Phänomen als „Schattenpandemie“ bezeichnet wurde. Lockdowns, Schulschließungen und Anweisungen, zu Hause zu bleiben, ließen die Spannungen in Haushalten eskalieren. Allgemein hat die Pandemie Frauen stärker getroffen als Männer.

Das bestätigt auch ein Bericht des International Rescue Committee (IRC) zur Lage in Afrika, der einen deutlichen Anstieg der geschlechterbasierten Gewalt feststellte. Die internationale humanitäre Organisation befragte in den ersten zehn Monaten der Pandemie 852 Frauen in 15

afrikanischen Ländern, die in Flüchtlings-, Vertriebenen- oder Postkonfliktsituationen lebten. Fast drei Viertel (73 Prozent) der Befragten berichteten von einer Zunahme der Gewalt durch einen Partner, 51 Prozent von einer Zunahme der sexuellen Gewalt und 32 Prozent von einer Zunahme der Früh- und Zwangsehen in ihrer Gemeinde.

Ein Beispiel ist der Südsudan. Vor der Pandemie hatte schätzungsweise ein Drittel der Frauen und Mädchen sexuelle Gewalt durch einen Nichtpartner erfahren, und bis zu 73 Prozent erlebten Gewalt durch einen Partner (IRC et al., 2021). Diese Zahlen stiegen im Zuge von pandemiebedingten Schließungen und einem allgemeinen Zusammenbruch der sozialen Ordnung sprunghaft an. Das Land steht vor vielen Herausforderungen:

- Bürgerkrieg,
- ununterbrochener Gewalt,
- Wirtschaftskrise,
- Gefahr einer Hungersnot,
- Covid-19-Pandemie und

- einem schwachen Gesundheitssystem.

Im Südsudan leisten internationale und lokale humanitäre Gruppen Hilfe. IRC arbeitet mit Unterstützung von Irish Aid mit lokalen Frauengruppen zusammen, um in Lagern für Vertriebene sichere Räume, Beratung und Schulungen anzubieten. Damit sollen die Frauen geschützt und gestärkt werden, ihr Leben zu verbessern.

IRC will die Häufigkeit geschlechterbasierter Gewalt insgesamt verringern. Die Organisation setzt auf Maßnahmen, die das individuelle Verhalten verändern sollen. Das Programm heißt „Engaging men through accountable practices“. Die Menschen müssen geschlechtsspezifische Einstellungen, die zu Gewalt gegen Frauen führen können, hinterfragen. Männer müssen verstehen, dass Gewalt kostspielig und keine Lösung für häusliche Probleme ist. „Ich habe beschlossen, Verantwortung für mein Handeln zu übernehmen. Meine Ehe hat sich verbessert“, sagte ein Ehemann nach der Teilnahme.

AUF LOKALER EBENE HANDELN

Nationale und lokale Frauenrechtsorganisationen sind wichtige Akteure bei der Bekämpfung der „Schattenpandemie“. Sie sind wertvolle Informationsquellen über die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen. Dennoch bemängelt IRC, dass Frauengruppen bei der Planung von humanitären Initiativen häufig übersehen werden. Meist werden sie in strategischen Dokumenten nicht einmal erwähnt.

Gleichzeitig kommen Frauenorganisationen nur schwer an Finanzmittel. Eine Aktivistin sagte IRC, dass sie keinen Zugang zu Geldgebern haben. Es erscheine ihnen „unmöglich“, in das System vorzudringen. Selbst wenn eine Gruppe Glück hat, eine indirekte Finanzierung von einer internationalen Organisation zu erhalten, beinhaltet diese in der Regel keine Unterstützung für das Wachstum der Organisation.

Es sollte anders sein – Frauenorganisationen sollten mehr Einfluss auf die Entscheidungen haben, die ihre Gemeinden betreffen. Immerhin steht Deutschland derzeit an der Spitze einer feministischen Außenpolitik. Außerdem ist es Politik der UN, bei humanitären Maßnahmen lokale Ansätze zu fördern. Entsprechende Verpflichtungen wurden im „Call to Action on Protection



Eine Gruppe von Frauen, die an einer Fortbildungsveranstaltung teilnehmen.

from Gender-Based Violence“ festgelegt, einer globalen Initiative, die 97 Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und internationale Institutionen unterzeichnet haben. Nothilfe durch Zusammenarbeit mit lokalen Gruppen lokaler zu machen, ist ein wichtiger Schritt.

Ein stärkerer Fokus auf Partnerschaften mit lokalen Gruppen und ihre direkte Finanzierung stünde auch im Einklang mit den Zielen des Generation Equality Forum. Das 2021 erstmals von UN Women einberufene Forum, das gerade ein Jahr existiert, will die Gleichstellung der Geschlechter weltweit vorantreiben.

Die Absichten sind gut, aber in der humanitären Praxis hat sich viel zu wenig geändert. Systemische Reformen würden dazu beitragen, einen feministischeren Ansatz für die Partnerschaft umzusetzen. Diese drei Dinge sollten geschehen:

- Das UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) sollte voraussetzen, dass Frauenorganisationen an jeder Phase der humanitären Programme beteiligt sind.

- Internationale humanitäre Organisationen sollten die Anzahl und Qualität ihrer Partnerschaften mit Frauenorganisationen erhöhen.

- Lokale und nationale Frauenorganisationen sollten mehr langfristige sowie flexible Finanzmittel erhalten, um ihre Kernausgaben decken, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schulen und ihre Maßnahmen an die Bedürfnisse der Zielgruppen anpassen zu können.

Wir brauchen ein anderes System. „Betrachten Sie uns als Gleichberechtigte“, sagte eine unserer Gesprächspartnerinnen, die eine Basisorganisation vertritt.

LINKS

IRC, 2021: Why not local? Gender-based violence, women's rights organisations and the missed opportunity of Covid-19.

<https://www.rescue.org/report/why-not-local-gender-based-violence-womens-rights-organisations-and-missed-opportunity-covid>

IRC, 2020: What happened? How the humanitarian response to COVID-19 failed to protect women and girls.

<https://www.rescue.org/sites/default/files/document/5281/ircwpeccovidreportv7.pdf>

IRC et al., 2019: What works to prevent violence against women and girls in conflict and humanitarian crisis.

<https://www.whatworks.co.za/resources/policy-briefs/item/662-what-works-to-prevent-violence-against-women-and-girls-in-conflict-and-humanitarian-crisis-synthesis-brief>



GLORY MAKENA
arbeitet für International Rescue Committee im Südsudan und ist spezialisiert auf den Schutz und die

Stärkung der Rolle der Frau.

glory.makena@rescue.org



BRIANNA GUIDORZI
arbeitet für International Rescue Committee im Vereinigten Königreich und ist spezialisiert auf Politik zum

Schutz und zur Stärkung von Frauen.

brianna.guidorzi@rescue.org

MEHRDIMENSIONALE ARMUT

Geschlossene Schulen

Armut hat nicht nur mit Geld zu tun, sondern auch mit Bildung. Die Lockdowns während der Pandemie haben die soziale Ungleichheit verschlimmert. Eine Lehre aus Corona ist: Die Politik muss sich mit digitaler Armut befassen.

Von Mahwish Gul

Armut wird meist finanziell definiert. Die Weltbank bezeichnet Menschen mit einer Kaufkraft von weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag als extrem arm, die Armutsgrenze für untere mittlere Einkommen liegt bei 3,20 US-Dollar pro Tag. Solche monetären Armutsbegriffe basieren auf Einschätzungen darüber, was Waren und Dienstleistungen kosten, die man braucht, um grundlegende Bedürfnisse zu erfüllen.

Allerdings sind nicht alle Güter und Dienstleistungen einfach auf dem Markt erhältlich, wie auch die Weltbank anerkennt. Für einige braucht es umfangreiche öffentliche Investitionen und Staatsausgaben, etwa für physische und soziale Infrastruktur wie Stromnetze, Abwassersysteme, Schulen und das Gesundheitswesen. Gibt es dort Mängel, verschlimmert das die Situation derer, die ohnehin Not leiden. Das sind besonders häufig Kinder. Weltweit zeigt sich, dass sie tendenziell schlechter dran sind als Erwachsene – und dass Frauen und Mädchen stärker betroffen sind als Männer und Jungen.

Zudem trifft Armut verschiedene Altersgruppen auf unterschiedliche Weise. Kinder sollten beispielsweise nicht selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen müssen. Die Kaufkraft einer Familie lässt allenfalls

eine teilweise Bewertung der Situation zu. Armut ist am besten zu verstehen als multidimensionales Phänomen, das weit über Einkommen und Konsumverhalten hinausgeht. Andere Aspekte sind ebenfalls sehr wichtig.

Das erste nachhaltige Entwicklungsziel (SDG1) ist die Beendigung der Armut „in all ihren Formen überall“. Die SDG-Agenda befasst sich auch mit etlichen verwandten Themen, von Gesundheit (SDG3) und Bildung (SDG4) bis hin zu Arbeitsbedingungen (SDG8), Infrastruktur (SDG9) oder Umweltgefahren (SDG11).

Laut UNDP (UN Development Programme – UN-Entwicklungsprogramm) waren 2019 rund 1,3 Milliarden Menschen in 101 Ländern von multidimensionaler Armut betroffen. Die Hälfte war unter 18 Jahre alt, 85 Prozent der jungen Menschen lebten in Südasien oder Subsahara-Afrika.

Von mehrdimensionaler Armut sind meist mehr Menschen betroffen als von der rein finanziellen Armut. Laut UNDP-Index 2019 für mehrdimensionale Armut litten etwa 39 Prozent der Menschen in Pakistan



Interaktion unmöglich: Drittklässlerin in Islamabad verfolgt das Schulfernsehen 2021 von zu Hause aus.

unter dieser Form von Armut, während nur 34 Prozent weniger als 3,20 US-Dollar pro Kopf und Tag hatten. Eine Studie des UN-Kinderhilfswerks Unicef in Pakistan belegt, dass etwa die Hälfte aller unter 18-Jährigen unter mindestens einem schweren Mangel leidet. Beispielsweise mangelt es ihnen an Zugang zu Schulbildung, guter Gesundheitsversorgung oder sauberem Trinkwasser. Am größten ist die Benachteiligung laut der Studie in Bezug auf Informationsbedürfnisse. Viele dieser Kinder kommen aus Familien, die nicht finanziell arm sind.

WACHSENDE KINDERARMUT

Seit 2019 hat zudem die Kinderarmut laut Unicef weltweit um zehn Prozent zugenommen. Rund 1,2 Milliarden Kinder sollen 2020 in multidimensionaler Armut gelebt haben.

Besonders drastisch war es im Bildungsbereich. Durch die Schulschließungen blieb mindestens einem Drittel der Schulkinder weltweit jeglicher formaler Unterricht verwehrt – vor allem, weil es an digitalem Equipment mangelte. Ländliche Gebiete waren besonders betroffen. Eine schlechte Anbindung und zu große Klassen verschärften die Probleme.

Hinzu kommen geschlechtsspezifische Aspekte. In männerdominierten Gesellschaften hatten eher Söhne Zugang zu mobilen Geräten. Für die Töchter stellt die Schule zudem in normalen Zeiten einen

sicheren öffentlichen Raum dar, der ihnen nun verwehrt blieb (Ipsita Basu erörtert die Lage in Indien auf www.dandc.eu). Laut Unicef konnten in Südasien und Subsahara-Afrika nur bis zu sieben Prozent der Schülerinnen und Schüler das Internet nutzen.

Die Regierungen fanden Übergangslösungen. Waren keine IT-Lösungen verfügbar, wurde Unterricht im Fernsehen oder Radio angeboten. So allerdings ist die persönliche Interaktion nicht möglich, die es in digitalen Klassenzimmern gibt. Das erschwerte zusätzlich die Situation von Kindern armer Eltern, die ohnehin oft nicht gut beim Lernen unterstützt werden. In Pakistan bot ein Fernsehsender täglich eine Stunde Bildungsprogramm für alle Stufen an. Die BBC-Mitarbeiterin Mehreen Zahra-Malik nannte die Minderheit, die von digitalen Plattformen profitierte, die „Glücklichen“.

DIGITALE ARMUT

Die Pandemie hat somit die Kluft in der Digitalisierung vertieft, die sich ohnehin auftritt zwischen verschiedenen Ländern, aber auch innerhalb eines Landes. Unicef fand einen klaren Zusammenhang zwischen dem Bruttonationaleinkommen pro Kopf eines Landes und dem Prozentsatz der Schülerinnen und Schüler mit Zugang zu digitalen Klassenzimmern. Das schon vor Corona bestehende Thema der „digitalen Armut“ ist also drängender geworden. Die Digital Po-

verty Alliance, eine 2021 in Großbritannien ins Leben gerufene zivilgesellschaftliche Initiative, definiert sie als „fehlende Möglichkeit, umfassend mit der Online-Welt zu interagieren, wann, wo und wie eine Person dies benötigt“. Die Allianz betont, dass digitale Ausgrenzung soziale Ungleichheiten verschärft und neue schafft.

Auch hier ist die Kluft zwischen den Geschlechtern groß. Frauen und Mädchen haben meist schlechteren Zugang zu digitalen Geräten und geringere digitale Kompetenzen.

Eine wichtige Lehre aus der Corona-Krise ist daher, dass jede Art von digitaler Kluft öffentliche Beachtung verdient. Das SDG-Motto – niemand wird zurückgelassen – schließt alle ein, denen die Möglichkeiten der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien noch vorenthalten sind. Die Entwicklungsländer müssen eine angemessene digitale Infrastruktur aufbauen und digitale Kompetenzen fördern – auf nationaler Ebene, mit tatkräftiger Unterstützung durch internationale Organisationen.



MAHWISH GUL
ist eine pakistanische Beraterin, die sich auf Entwicklungsmanagement spezialisiert hat. Sie lebt in

Nairobi.
mahwish.gul@gmail.com



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



www.facebook.com/development.and.cooperation

facebook



D+C Development and Cooperation

@development.and.cooperation - Zeitschrift

Mehr dazu

dandc.eu

Startseite Videos Fotos Info Mehr

Info

Alle ansehen

1 D+C Development and Cooperation is a website and print magazine on development and international cooperation. www.dandc.eu

2 Our mission is to provide a credible forum of debate, involving governments, civil society, the private sector and academia at an international level... Mehr anzeigen

214.515 Personen gefällt das

214.590 Follower

<http://www.dandc.eu/>

Zeitschrift

Datenrichtlinie

<http://twitter.com/forumdc>

D+C D+C Development and Cooperation

15.05.2018

"Biodiversity and climate change mitigation are not a luxury, they are essential for survival – for us and for all generations to come," says Germany's Development Minister.

In a D+C interview, she explains why both are so vital and what's being done in this regard.



DANDC.EU

Sustainable development includes progress for people, climate protection and...

Mehr dazu

Fotos

Alle ansehen





Fight Covid-19 ist ein Quizspiel von Leti Arts.

COMPUTERSPIELINDUSTRIE

“Wir arbeiten effizienter als vor Corona”

Die Covid-19-Pandemie war ein schwerer Schlag für alle Volkswirtschaften weltweit. Aber nicht alle Unternehmen haben nur negative Erfahrungen gemacht. Eyrar Tawia, CEO und Mitbegründer von Leti Arts, einem der Pioniere auf dem Computerspiele-Markt in Subsahara-Afrika, berichtet E+Z/D+C, wie er und seine Firma die Covid-Krise überstanden haben. Eyrar Tawia arbeitet in Accra, Ghana, und hat einen Miteigentümer in Nairobi, Kenia.

Eyrar Tawia im Interview mit Sabine Balk

Wo arbeiten Sie im Moment?

Ich bin in meinem Büro in Accra. Ich arbeite ziemlich oft im Büro, weil wir hier sehr gute Bedingungen haben. Ich habe schnelles Internet, einen Generator und sonst alles, was

wir brauchen. Aber abgesehen von mir ist fast niemand hier. Alle meine Mitarbeiter arbeiten von zu Hause aus. Jeder ist eingeladen, ins Büro zu kommen und hier zu arbeiten, aber es ist keine Pflicht. Wenn sie ihre Aufgaben erledigen können, dann ist es mir egal, wo sie arbeiten. Aber ich möchte nicht hören, dass der Strom ausgefallen ist oder dass es kein Internet gibt. Wenn man zu Hause keine guten Bedingungen hat, muss man ins Büro kommen.

Ist das eine neue Arbeitsweise, oder war das schon vor der Pandemie so?

Nein, vor Corona waren wir alle im Büro, obwohl wir mit unseren kenianischen Teams schon aus der Ferne zusammengearbeitet haben. Aber es hat sich viel verändert. Von einem Tag auf den anderen

waren wir gezwungen, von zu Hause aus zu arbeiten. Also haben wir das gesamte Team in einer virtuellen Umgebung angesiedelt und nutzen neue Tools für die Zusammenarbeit und Kommunikation wie Miroboard, Skype, Discord und Slack. Jetzt haben wir eine perfekte virtuelle Arbeitsumgebung und arbeiten tatsächlich sogar effizienter als vor Corona. Wir waren vorher nicht in der Lage, alle Arbeitsschritte zu begleiten und den Fortschritt zu sehen. Das ist jetzt alles möglich. Ich weiß nicht, warum wir nicht schon früher so gearbeitet haben, es ist perfekt für uns. Ich habe immer gesagt: Gott hat Covid wegen der Spielebranche geschaffen! Für unser Geschäft ist es auch wichtig, dass jeder weiß, wie man einen Computer bedient. Das ist durch Covid geschehen. Sogar meine Großmutter und meine Tanten wissen jetzt über Computer und Zoom Bescheid. Zum ersten Mal habe ich mit meiner Mutter, die im Dorf lebt, Online-Spiele gespielt.

Aber war alles positiv für Sie? Gab es keine geschäftlichen Einbußen durch Corona?

Oh, doch – die gab es. In den ersten 6 bis 7 Monaten von Corona war es wirklich hart. Wir erzielten 90 Prozent unserer Einnahmen durch Aufträge für Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Wir entwickeln Computerspiele für sie, etwa aus dem Bereich der Gesundheitserziehung. Als Corona anfang, stellten alle unsere Kunden ihre Aufträge ein, weil sie sich neu strukturieren mussten. Das hat uns also hart getroffen. Wir hatten eine Weile überhaupt keine Einnahmen und mussten viele unserer Angestellten entlassen. Also mussten wir aktiv werden und neue Geschäftsfelder suchen. Zum Glück kamen auch viele unserer Kunden zurück, und das Geschäft normalisierte sich wieder. Wir haben sogar den Auftrag bekommen, ein Lernspiel für Corona zu entwickeln. Es handelt sich um ein Quizspiel in Form von „Wer wird Millionär“, das wir auf unserer Plattform The Hottseat veröffentlicht haben. Die Spieler müssen Fragen zu Covid beantworten. Wirtschaftlich sind wir jetzt wieder auf dem gleichen Level wie zu Zeiten vor Corona, und wir wachsen. Wir haben ein Kernteam von 15 bis 20 Mitarbeitern, davon sind etwa 10 festangestellt. Der Rest sind Freiberufler und Praktikanten.

Haben Sie von der Regierung eine Corona-Entschädigung erhalten?

Nein, leider nicht. Es gab wohl Wiederaufbauprogramme, die Regierung sagte, dass sie Mittel für Unternehmer bereitstellen würde. Ich habe mich dafür aber nicht beworben, weil es so kompliziert war. Meine Frau betreibt eine Weberei für traditionelle Kente-Stoffe und beschäftigt 17 Weberinnen. Sie hat zwei Anträge auf Staatshilfen gestellt, aber nie eine Antwort erhalten.

Was hat sich sonst noch in Ihrem Unternehmen durch Corona geändert?

Wir zweifelten, ob wir unser Büro behalten sollten, weil plötzlich so viel leer stand, darunter ein großer, hallenartiger Raum. Aber es ist immer noch wichtig, einen physischen Ort für persönliche Treffen zu haben. Und wir haben einen tollen neuen Zweck für unsere Halle gefunden. Wir sind gerade dabei, sie in eine Schulungseinrichtung umzuwandeln, in der wir Interessierte in der Spieleentwicklung ausbilden. Das fängt gerade an, zu laufen. Wir haben eine erste Schulung nur mit Frauen im Bereich Animation abgeschlossen. Dafür haben wir einen kleinen Zuschuss von einer Organisation namens ScaleUp Africa und der MasterCard Foundation erhalten. Sie wollten, dass wir Frauenförderung betreiben.

Das klingt vielversprechend. Bei unserem letzten Gespräch haben Sie Ihr Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, dass es in Afrika nicht genügend Ausbildungsmöglichkeiten für Spieleentwickler und Informatiker gibt. Ist dies ein erster Schritt, um die Situation zu ändern?

Ja, das ist es auf jeden Fall. Der erste Kurs lief sehr gut. Unser Ansatz ist, dass wir an bestehende Fähigkeiten anknüpfen und diese erweitern wollen. Wenn du zum Beispiel gerne zeichnest, versuchen wir dir beizubringen, wie man einen Comic für ein Videospiel erstellt. Wenn du gerne Computer programmierst, zeigen wir dir, wie du Spiele programmierst. Es gibt sehr unterschiedliche Schritte bei der Entwicklung eines Spiels.

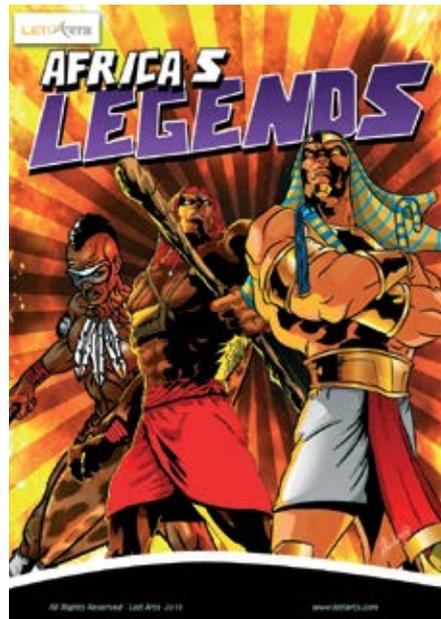
Wie ist es mit Ihren weiblichen Auszubildenden gelaufen?

Wir hatten 30 Frauen, die sich beworben haben. 20 von ihnen waren während des gesamten Kurses aktiv, und 15 schlossen mit einem Zertifikat ab. Frauen zu unterrichten ist dasselbe wie Männer; es gibt

keinen Unterschied. Wenn sich eine Frau fürs Programmieren interessiert, ist sie gut darin, wenn sie sich für Kunst interessiert, macht sie das. Wir planen, mit drei der 15 Absolventinnen zusammenzuarbeiten. Das ist perfekt für uns. Die Idee ist, dass wir aus unserem eigenen Pool schöpfen. Der nächste Kurs wird im Oktober beginnen. Wir sind gerade dabei, ein Team von Ausbildern zusammenzustellen. Den ersten Kurs habe ich selbst gemacht, dafür habe ich aber keine Zeit mehr.

Wird es wieder ein Kurs nur für Frauen sein?

Ich denke, es wird gemischt sein. Auch wenn ich versucht bin, den nächsten Kurs wieder nur mit Frauen zu machen. Aber es gibt so viel mehr interessierte Männer als Frauen. Lassen Sie mich ein Beispiel nen-



Leti Arts' Hauptprodukt: Africa's Legends.

nen: Als wir eine Suchanzeige für unseren ersten Kurs geschaltet haben, der sich allein an Frauen richtete, hatten wir trotzdem 90 Prozent männliche Anmeldungen. Ich denke, das liegt unter anderem daran, dass Spiele meist mit männlichen Darstellungen arbeiten. In den meisten Spielen sind Frauen sexistische Projektionen von Männern. Frauen können sich nicht mit den Figuren identifizieren. Wir versuchen, unsere Charaktere nicht zu stereotypisieren. In unserem Spieluniversum gibt es Frauen in allen möglichen Formen. Aber es wird einige Zeit

dauern, bis sich das Bewusstsein bei Frauen und Männern ändert. Positive Beispiele können dabei helfen wie weibliche Entwicklerinnen. Wir denken deshalb über ein Stipendium für Frauen nach.

Neben der Förderung von Frauen, was sind Ihre Ziele?

Wir wollen so viele Menschen wie möglich ausbilden. Und wir wollen Arbeitsplätze für die Jugend in Afrika schaffen und die Fähigkeiten junger Menschen erweitern. Außerdem ist es auch unser Ziel, Unternehmen zu finden, die die Arbeitskräfte aufnehmen. Wir bringen außerdem Spieleentwickler aus ganz Afrika zusammen. Es gibt die „Pan-African Gaming Group“, die derzeit aus 10 Spielstudios aus verschiedenen Regionen Afrikas bestehen, die die gleiche Vision teilen, die afrikanische Spieleindustrie zu verändern.

Das Hauptgeschäft von Leti Arts sind Bildungsspiele für NGOs. Sie arbeiten aber auch an Ihren eigenen Computerspielen wie Africa's Legends, in denen afrikanische Superhelden die Hauptfiguren sind. Welche anderen Spiele haben Sie in Arbeit?

In den vergangenen Monaten haben wir viele neue Spiele entwickelt, eines davon heißt Puzzle Scout, das bald herauskommen wird. Man sammelt Schriften in ganz Afrika, verbindet sie zu Kapiteln und am Ende des Spiels hat man ein Buch geschaffen. Wie bei unseren Africa's Legends wollen wir das Bewusstsein für unsere Geschichte schärfen. Wir vermitteln spielerisch die Geschichte Ghanas, wie die Briten es eroberten und wie es unabhängig wurde. Alles, was wir entwickeln, hat einen Bezug zu Geschichte. Deshalb arbeiten wir mit einem der großen Museen in Afrika zusammen, dem Pan African Heritage Museum in Accra, das 2023 eröffnet werden soll. Es wird für unsere historischen Inhalte verantwortlich sein. Wir haben auch ein neues Spiel mit einem unserer Superhelden, es heißt Karmzah Run, und wir sind dabei, unsere Africa's Legends zu aktualisieren. Aber wir suchen immer noch nach einem Großinvestor, der einige dieser Projekte finanziert.



EYRAM TAWIA
ist CEO und Mitbegründer
von Leti Arts.

info@letiarts.com



Straßenhändlerinnen in Sambia: Das Land versucht mit Hilfe der G20 und des IWF aus der Überschuldung zu kommen.

STAATEN

Weg von den Schulden!

Die Covid-19-Krise und der Krieg in der Ukraine haben die weltweit ohnehin kritische Verschuldungslage weiter verschlechtert. Es ist dringend nötig, dass die internationale Gemeinschaft Schulden umwandelt oder erlässt und die betroffenen Länder mehr Steuereinnahmen generieren.

Von Kathrin Berensmann

Während der Pandemie erreichte die weltweite Gesamtverschuldung laut der Weltbank im Jahr 2020 mit 263 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) den höchsten Stand seit einem halben Jahrhundert. Die staatlichen und privaten Schulden in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern sind in der Zeit rasant gewachsen wie auch die Auslands- und Inlandsverschuldung. 2022 waren laut Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) 60 Prozent der Niedrigeinkommensländer bereits hoch verschuldet, 2015 waren es noch rund 30 Prozent.

Brisant ist auch, dass die Schuldendienste vieler Länder gemessen an den Exporten erheblich gestiegen sind. In Subsahara-Afrika, beispielsweise, gingen diese

von 16 Prozent im Jahr 2019 auf 22 Prozent im Folgejahr. Das heißt, dass immer mehr Einnahmen aus Exporterlösen für den Schuldendienst verwandt werden müssen. Damit fehlt das Geld für notwendige Investitionen zur Erreichung nachhaltiger Ziele.

In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern sind die Staatsdefizite in die Höhe geschossen. In Subsahara-Afrika ist laut IWF-Schätzungen das Haushaltsdefizit gemessen am BIP von -3,9 Prozent im Jahr 2019 auf -6,4 Prozent im folgenden Jahr gestiegen. Dabei hatten ölimportierende Länder ein deutlich größeres Haushaltsdefizite in diesem Zeitraum (von -4,3 auf -7,3 Prozent) als ölexportierende Länder (von -3,3 auf -4,6 Prozent).

Zur weltweiten Pandemie kam im Februar dieses Jahres die russische Invasion in der Ukraine hinzu, was die Verschuldung und Inflation anheizte. Vor allem der Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise belastet Staatshaushalte und Außenhandelsbilanzen. Dabei sind rohstoffimportierende Länder besonders hart getroffen.

Die restriktive Geldpolitik vieler Industrieländer führt zu steigenden Zinsen auf den internationalen Finanzmärkten,

was den Schuldendienst noch teurer macht. Die hohe Verschuldung erschwert Entwicklungsländern die Erholung nach der Pandemie und zieht längerfristige wirtschaftliche und soziale Folgen nach sich. Zu befürchten ist auch, dass Investitionen zur Bekämpfung des Klimawandels zurückgehen werden.

WEGE AUS DER VERSCHULDUNG

Zur Bewältigung der Schuldenkrise sind sowohl Reformen in den Ländern selbst notwendig als auch externe Unterstützung, da die Entwicklungsländer selbst über zu wenig Finanzmittel verfügen. Dafür hat die internationale Gemeinschaft infolge der Pandemie neue Instrumente geschaffen, die sie nun auch umsetzen sollte. Die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) hat für Entwicklungsländer zwei wichtige Instrumente eingeführt:

- Die Initiative zur Aussetzung des Schuldendienstes (Debt Service Suspension Initiative – DSSI) ist ein Schuldenmoratorium für Länder mit niedrigem Einkommen, um kurzfristige Liquiditätsprobleme zu lösen. 48 von 73 berechtigten Länder haben davon von Mai 2020 bis Dezember 2021 Gebrauch gemacht.
- Der Gemeinsame Rahmen für die Behandlung von Schulden über die DSSI hinaus (Common Framework for Debt Treatment beyond DSSI) soll Schulden umstrukturieren und, wenn es nötig ist, auch Schuldenerlasse gewähren. Dieses Instrument soll Zahlungsunfähigkeit der Länder verhindern und langwierige Zahlungsschwierigkeiten beseitigen. Seit Einführung dieses Rahmenwerks haben aber nur drei Länder daran teilgenommen: Tschad, Sambia und Äthiopien.

Die Umsetzung hat sich vor allem wegen Koordinationsschwierigkeiten der Gläubiger hinausgezögert (Georgieva/Pazarbasioglu 2021). Abhilfe könnte die Einbeziehung aller öffentlichen und privaten Gläubiger bringen sowie eine Transparenz von Schuldverträgen, die für eine Gleichheit zwischen den Gläubigern sorgt. Darüber hinaus sollte das Common Framework nicht nur Ländern mit niedrigem, sondern auch Ländern mit mittlerem Einkommen zur Verfügung stehen. Notwendig ist des Weiteren ein Insolvenzverfahren für souveräne Staaten.

Zudem sollte die internationale Gemeinschaft Codes of conduct zur Förderung

einer verantwortungsvollen Kreditvergabe und -aufnahme unterstützen und umsetzen. Einige Akteure wie die G20, die UN, das Institute of International Finance und die OECD haben solche Verhaltensregeln erstellt und teilweise umgesetzt. Damit es nicht zu unterschiedlichen Regeln kommt, sollten diese international anerkannt und einheitlich gestaltet werden (Berensmann 2022).

BUILD BACK BETTER

Die Pandemie hat die Anfälligkeit unserer Gesellschaften für Schocks deutlich gemacht, bietet aber auch die Möglichkeit des „build back better“, also die Ausgangslage beim Wiederaufbau zu verbessern. Daher sollten diese Krisen als Gelegenheit dienen, um die Umschuldungsprozesse mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung zu verbinden (Volz et al. 2021).

Das Common Framework sollte mit Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels verknüpft werden. Schuldenerlass oder -umstrukturierung sollten an Investitionen und Reformen im Sinne der UN-Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens gebunden werden. Gleichmaßen sollten die multilateralen Entwicklungsbanken die Ziele für nachhaltige Entwicklung besser in ihre Finanzierungsinstrumente aufnehmen (Berensmann et al. 2022).

Da die Erderhitzung finanzielle Schäden nach sich zieht, sollten Analysen der Schuldentragfähigkeit von Ländern Klimarisiken berücksichtigen. Auch Investitionen in Klimaanpassung müssen miteingerechnet werden, da diese Klimarisiken reduzieren. Der IWF arbeitet derzeit an Vorschlägen zur Einbeziehung des Klimawandels in die Finanzpolitik (Massetti/Bellon 2022).

STEUERREFORMEN

Auch die Partnerländer müssen aktiv werden und interne Einnahmen mobilisieren, damit sie weniger Auslandsschulden aufnehmen müssen. Dazu gehört vor allem die Erhöhung der Steuereinnahmen. Durch Reformen sollten vor allem die Steuerverwaltung und die Steuerpolitik verbessert werden. Die Steuerbasis sollte durch mehr Transparenz, Effizienz und Effektivität des Steuersystems verbreitert werden, und der informelle Sektor sollte einbezogen werden. Insbesondere bei der Digitalisierung von



Angehörige verschiedener Religionen protestieren in Sri Lanka gegen steigenden Stromtarif.

Steuerbehörden könnte die technische Unterstützung der Geber helfen.

Auch das internationale Steuersystem muss verbessert werden, um illegale Finanzströme, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung einzudämmen. Nach Schätzungen der Afrikanischen Union (AU) gehen Afrika durch illegale Finanzströme jährlich 50 bis 80 Milliarden US-Dollar verloren (AU 2019). Auch wenn Schätzungen von illegalen Finanzströmen per definitionem schwierig sind, ist dies eine enorme Summe.

Zwei wichtige Initiativen sind:

- die Einrichtung des Globalen Forums für Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke und
- das OECD/G20-Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting – BEPS (Inklusives Rahmenwerk zur Bekämpfung von Erosion der Steuerbasen und Gewinnverlagerung).

Das Globale Forum stellt die bedeutendste internationale Institution zur Bekämpfung von Steuerflucht und Steuervermeidung dar und erhöht die Transparenz im internationalen Steuersystem. Ihr Sekretariat ist an der OECD angesiedelt und hat derzeit 165 Mitglieder. Das Inclusive Framework on BEPS (ebenfalls angesiedelt bei der OECD) setzt sich zum Ziel, Steuervermeidung zu bekämpfen, die Kohärenz der internationaler Steuervorschriften zu verbessern und die digitale Wirtschaft stärker zu besteuern (von Haldenwang/Laudage 2019). Die Geber sollten dafür ihre techni-

sche Unterstützung für Entwicklungsländer verstärken.

Aufgabe der Partnerländer ist es zudem, ihr Schuldenmanagement zu verbessern, um die Finanzmittel effizienter einzusetzen. Dazu gehört vor allem, Schulden in inländischer und ausländischer Währung, die Laufzeit und die Zinsstruktur angemessen zu gewichten. Weiterhin erhöht ein gutes Management die Transparenz über die Schulden und trägt zum Aufbau und zur Weiterentwicklung inländischer Anleihemärkte bei. Diese können Entwicklungsländern eine gute Einnahmequelle bieten.

LITERATUR

- African Union Commission, 2019: Domestic resource mobilization: Fighting against corruption and illicit financial flows. AUC Publishing, Addis Ababa.
- Berensmann, K., Ekeruche, M. A., Heitzig, C., Ordu, A., Senbet, L. W., 2022: Resolving debt crises in developing countries: how can the G20 contribute to operationalising the common framework? T20 policy brief, Jakarta.
- Berensmann, K., 2022: How could a new universal code of conduct prevent and resolve sovereign debt crises? Proposals for design and implementation. Journal of Economic Surveys, Wiley.
- Georgieva, K., Pazarbasioglu, C., 2021: The G20 Common Framework for Debt Treatments must be stepped up. IMF Blog, 2 December 2021.
- Von Haldenwang, C., Laudage, S., 2019: Financing for development and domestic revenue mobilisation: more international reforms are needed. Briefing Paper 13/2019, Bonn, German Development Institute (DIE).
- Massetti, E., Bellon, M., 2022: Planning and mainstreaming adaptation to climate change in fiscal policy. IMF staff Climate note, 23 March, Washington D.C.
- Volz, U., Akthar, S., Gallagher, K., Griffith-Jones, S., Haas, J., 2021: Debt relief for a green and inclusive recovery: Securing private-sector participation and creating policy space for sustainable development. Berlin, Heinrich Böll Stiftung.



KATHRIN BERENSMANN ist Senior Researcher und Projektleiterin beim German Institute of Development and Sustainability (IDOS). Die

Autorin dankt Sabine Laudage für wertvolle Kommentare.

kathrin.berensmann@idos-research.de

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

„Holistisches Verständnis“

Bangladesch sei mit der Corona-Pandemie besser zurechtgekommen als ursprünglich befürchtet, urteilt Manzur Kadir Ahmed von Gonoshasthaya Kendra, einer auf Gesundheitsversorgung spezialisierten zivilgesellschaftlichen Organisation. Entwicklungsschritte in den vergangenen Jahrzehnten hätten das Land widerstandsfähiger gemacht.

Manzur Kadir Ahmed im Interview mit Hans Dembowski

Im Sommer 2021 haben internationale Medien viel über die verheerende Covid-19-Infektionswelle in Indien berichtet. War Bangladesch ebenso betroffen?

Die Pandemie hat uns zwar schwer zu schaffen gemacht, aber wir waren nicht in dem Sinne überfordert, dass Leichen wie in Indien im Ganges getrieben hätten. Wohlfahrtsorganisationen sorgten dafür, dass die Toten ordnungsgemäß begraben wurden. Als die Pandemie 2020 begann, fühlten wir uns aber mental überwältigt. Wir wussten nicht, wie wir zurecht kommen würden. Im Rückblick sehe ich echte Schwierigkeiten, aber kein Desaster.

Welche Auswirkungen hatte die Pandemie auf arme Gemeinschaften?

Die Krankheit betraf alle, auch die Mittelschichten und unteren Mittelschichten. Jeder und jede konnte infiziert werden, manche wurden krank, einige mussten ins Krankenhaus, und es gab auch Todesfälle. Die ökonomischen Folgen war jedoch für arme Menschen härter. Haushaltshilfen verloren zum Beispiel ihre Arbeit, denn ihr Auftraggeber sagte ihnen, sie sollen nicht mehr kommen, um Infektionsrisiken zu Hause zu reduzieren. Märkte blieben geschlossen, kleine Betriebe stellten die Produktion ein, und der Transportsektor stand weitgehend still. Kurzfristig stockte sogar die Textilindustrie. Folglich verdienten Menschen mit normalerweise niedrigen oder mittleren Einkommen kein Geld mehr. Das führte zu großem Leid.

Auch zu Hunger?

Sicherlich begnügten sich viele Familien, die zuvor drei Mahlzeiten am Tag hatten, mit nur noch zwei. Es gab aber keine Hungersnot. In schwierigen Zeiten unterstützen sich Gemeinschaftsmitglieder in unserem Land gegenseitig. Zivilgesellschaftliche Or-

ganisationen wie wir versorgten bedürftige Menschen mit Lebensmitteln, und die Regierung legte gezielte Hilfsprogramme für die ärmsten gesellschaftlichen Gruppen auf. Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und Staat haben gut kooperiert. Andererseits haben mehr Menschen als sonst vermutlich nicht ausreichend Proteine und Vitamine bekommen, aber die Lage normalisiert sich wieder.

Bangladesch war früher eines der ärmsten Länder der Welt, aber nach drei Jahrzehnten rasanten Wachstums gehört es jetzt zur Kategorie mit niedrigen mittleren Einkommen. Wäre die Lage schlimmer gewesen, wenn Covid-19 nicht 2020, sondern schon 1990 aufgetreten wäre?

Auf jeden Fall. Das Land entwickelt sich aber auch weiter, sodass wir uns 2030 als noch resilienter als heute erweisen würden. Unsere sozialen Kennzeichen sind besser geworden. Das gilt für Durchschnittseinkommen, Alphabetisierungsrate und Lebenserwartung. Auch unsere Daten für Mütter- und Kindersterblichkeit sind im südasiatischen Vergleich ausgezeichnet. Die Geburtenrate ist schon seit einiger Zeit auf Reproduktionsniveau; unsere Bevölkerung wächst also nicht mehr. Die Infrastruktur ist besser geworden, und das schließt das Gesundheitswesen ein. Im Schnitt sind Bangladeschis heute folglich gesünder als vor 30 Jahren, sodass wir auch mit neuen Gesundheitsproblemen besser zurecht kommen.

In vielen Ländern hat Corona das Gesundheitswesen überfordert. Auf den Intensivstationen lagen zum Beispiel so viele Covid-Patienten, dass es keine Betten für andere mehr gab und wichtige Operationen verschoben werden mussten. Manche Patienten trauten sich auch aus Angst vor Infektionen nicht mehr in Kliniken.

Solche Probleme gab es selbstverständlich auch in Bangladesch. Viele privatwirtschaftliche Gesundheitseinrichtungen schlossen sogar wegen der Infektionsrisiken. Covid-19 ist ein globales Phänomen und hat auch uns sehr belastet. Worauf ich hinauswill, ist aber, dass es nicht so schlimm kam, wie anfangs befürchtet. Wir haben zum Beispiel gelernt, wie hilfreich Mobiltelefone sind. Viele Menschen haben sich auf diesem Weg ärztlichen Rat geholt, anstatt ein Gesundheitszentrum zu besuchen. Heute haben in Bangladesch fast alle ein Handy. Alphabetisierungsfortschritte sind auch wertvoll,



„Wir hätten in kürzerer Zeit mehr erreichen können, wenn wir in Bangladesch einen Impfstoff hätten herstellen dürfen“: Krankenpflegerin zieht Spritze auf.



„Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und Staat haben gut kooperiert“: Polizist verteilt im August 2021 in Dhaka Lebensmittel an Bedürftige.

denn viele Menschen informieren sich im Internet. Insgesamt hat sich der Fortschritt der vergangenen Jahrzehnte in der Covid-19-Krise als nützlich erwiesen.

Wie bewerten sie Long Covid?

Das ist schwer zu sagen. Es ist international noch viel Forschung nötig, und wir hoffen, davon zu profitieren. Ich hatte selbst drei Covid-Infektionen. Jetzt spüre ich manchmal leichte Krämpfe, die ich früher nicht hatte. Ist das eine Covid-Nachwirkung? Ich weiß es nicht. Klinische Forschung wird solche Fragen irgendwann beantworten. Möglicherweise haben viele andere dieselben oder ähnliche Symptome, aber wir erfahren das nicht. In einem Entwicklungsland wie Bangladesch erdulden Menschen klaglos leichte Symptome, die sie nicht ernsthaft behindern, ohne gleich zum Arzt zu gehen. Manche armen Menschen verzichten sogar ganz auf medizinische Leistungen, weil sie diese nicht bezahlen können. Um ein umfassendes Bild aller mit Covid verbundenen Symptome zu bekommen, brauchen wir internationale Studien.

Wie lief die Impfkampagne?

Wir haben vor allem zwei Vakzine verwendet – das von der Universität Oxford und ein

chinesisches. Wir sind gut vorangekommen, hätten aber in kürzerer Zeit mehr erreichen können, wenn wir in Bangladesch einen Impfstoff hätten herstellen dürfen. Unsere Industrie wäre dazu in der Lage. Die Universität Oxford kooperiert bekanntlich mit dem Pharma-Multi AstraZeneca, hat aber auch einen Vertrag mit einem indischen Hersteller. Im Gegenzug für die Produktionslizenz versprach diese Firma, den Impfstoff zum Selbstkostenpreis in Entwicklungsländern zu vertreiben. Als die Infektionszahlen dann in Indien in die Höhe schossen, wurde der Export aber eingestellt. Zum Glück konnten wir zu diesem Zeitpunkt auf das chinesische Präparat zurückgreifen. Unsere Hersteller hätten beide Vakzine herstellen können. Das wäre billiger gewesen, ist aber nicht geschehen.

Die innovativen mRNA-Vakzine von Pfizer/BioNTech und Moderna gelten als effektiver, erfordern aber auch bessere Infrastruktur – zum Beispiel, was Kühlketten angeht. Wäre es sinnvoll gewesen, diese Impfstoffe in Bangladesch zu produzieren?

Ja, selbstverständlich. In unseren Städten haben wir die Infrastruktur, um medizinische Vorräte kontinuierlich zu kühlen, aber ich gebe zu, dass es im ländlichen Raum oft

schwieriger ist. Eine Lehre der Pandemie für Bangladesch ist ganz klar: Wir müssen die Kapazitäten unserer Pharmaindustrie weiter ausbauen. Bisläng wird hier nur an einem Impfstoff geforscht. Wir brauchen mehr Forschung und Entwicklung, damit wir selbst innovative Arzneimittel erfinden können. Wir können das schaffen – und werden das auch schaffen.

Wenn Sie zurückschauen, welche internationale Unterstützung braucht Bangladesch in einer weltweiten Pandemie?

- Vor allem brauchen wir Information. Ohne genaue Kenntnis von dem, was anderswo passiert, können wir uns nicht auf die neue Bedrohung vorbereiten. Ehrliche und vollständige Information ist wesentlich, um evidenzbasierte Politik zu betreiben.
- Technologietransfer ist ebenfalls wichtig, auch wenn unsere Arzneimittelindustrie schon so stark ist, dass sie oft nur die Lizenz zur Nutzung geistigen Eigentums braucht.
- Es lässt sich nicht bestreiten, dass wir auch Geld brauchen.
- Schließlich müssen internationale Lieferketten so gut wie möglich aufrechterhalten werden. Unsere Menschen leiden, wenn Ein- und Ausfuhren begrenzt werden.

Gibt es eine grundlegende politische Lehre, die sie aus der Pandemie ziehen?

Aus meiner Sicht hat sie abermals gezeigt, dass wir ein holistisches Verständnis von Entwicklung brauchen. Wirtschaftswachstum reicht nicht. Es muss für den Ausbau der Infrastruktur einschließlich Gesundheits- und Bildungswesen genutzt werden. Das macht Gemeinschaften resilienter und stärkt letztlich auch wieder das Wachstum. Es gibt solche Wechselwirkungen. In diesem Sinne lässt sich auch sagen, dass die Pandemie gezeigt hat, dass die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) ein stimmiges Gesamtkonzept sind.



MANZUR KADIR AHMED ist Arzt und Geschäftsführer von Gonoshasthaya Kendra (GK), einer auf Gesundheitsversorgung

spezialisierten zivilgesellschaftlichen Organisation.

<https://gonoshasthayakendra.com/>



Investitionen in nachhaltige Verkehrsmittel kurbeln die Wirtschaft an: Neubau der Metro in der indischen Stadt Nagpur 2019.

ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION

Krise als Chance

Seit Beginn der Pandemie haben Staaten weltweit Förderprogramme für die Wirtschaft aufgelegt – in historisch beispiellosem Umfang. „Grüne“ Konjunkturprogramme bieten eine große Chance, die Corona-Krise gemeinsam mit den globalen ökologischen Krisen zu bekämpfen. Allerdings wird diese Chance bisher nur unzureichend genutzt.

Von Andreas Burger

Nach Beginn der Covid-19-Pandemie analysierte das Umweltbundesamt (UBA) in einer Metastudie rund 130 Analysen und Stellungnahmen zu Konjunkturprogrammen, die auf nachhaltige Entwicklung zielen. Die Untersuchung zeigte, dass in der Wissenschaft und bei internationalen Organisationen wie Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF), Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie dem UN-Umweltprogramm (UNEP) ein breiter Konsens in Bezug auf die Notwendigkeit solcher Programme und ihrer Vorteile besteht.

Studien belegen, dass sogenannte „grüne“ Maßnahmen sehr gut zur Konjunk-

turbelebung beitragen können, teilweise sogar besser als konventionelle Maßnahmen. So zahlen sich Investitionen in erneuerbare Energien gesamtwirtschaftlich stärker aus als staatliche Förderung fossiler Energien. Auch Investitionen in den Naturschutz können einen sehr hohen Multiplikatoreffekt haben, was bedeutet, dass sie hohe Nachfrage- und Beschäftigungswirkungen nach sich ziehen. Ausgaben in eine nicht nachhaltige Landnutzung wirken sich hingegen eher negativ auf die Wirtschaft aus.

KRITERIEN FÜR GRÜNE KONJUNKTURMASSNAHMEN

Die Wissenschaft ist sich weitgehend einig darüber, welche Kriterien grüne Konjunkturmaßnahmen erfüllen sollten. Wichtig ist, dass sie

- schnell wirksam sind,
- sich deutlich positiv auf Nachfrage und Beschäftigung auswirken,
- die öffentlichen Haushalte nur zeitlich begrenzt belasten und
- einen positiven Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation leisten.

Manche Förderbereiche sind für Nachhaltigkeitskonjunkturprogramme besonders geeignet. Dazu zählen nichtfossile Energieerzeugung, energetische Gebäudesanierung, Maßnahmen für nachhaltige Mobilität und die ökologische Transformation der Industrie. Unter den letztgenannten Aspekt fallen beispielsweise der Aufbau einer auf Wasserstoff basierenden Wirtschaft sowie die Förderung von Technologien, die eine höhere Energie- und Materialeffizienz ermöglichen. Sehr positiv bewertet werden oft auch Maßnahmen zur Klimaanpassung und sogenannte naturbasierte Lösungen (Nature Based Solutions) wie etwa Aufforstung.

Welche Maßnahmen im Einzelnen umsetzbar und sinnvoll sind, hängt auch von den landesspezifischen Gegebenheiten ab, etwa von der Wirtschaftsstruktur, den administrativen, technischen und finanziellen Kapazitäten eines Landes sowie von der Verfügbarkeit von Projekten, die bereits geplant sind und schnell umgesetzt werden können.

Auswertungen bestehender Green-Recovery-Programme zeigen deutliche Unterschiede. Während in Industrieländern die Palette der Förderbereiche sehr breit ist, konzentrieren sich die Maßnahmen in Schwellen- und Entwicklungsländern oft auf den Ausbau erneuerbarer Energien – vor allem von Solarenergie – und auf Maßnahmen zum Erhalt des Naturkapitals, also von wirtschaftlich bedeutsamen Ökosystemleistungen wie Wäldern oder Meeresschutzgebieten.

Studien zu grünen Konjunkturprogrammen während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 zeigen, dass die Gefahr von Strohfeuereffekten besteht. So gingen die globalen Treibhausgasemissionen im Jahr 2009 zwar leicht zurück, im Jahr 2010 wuchsen sie jedoch schon wieder kräftig. Wesentliche Gründe für den Anstieg waren die niedrigen Energiepreise und hohe staatliche Ausgaben für Aktivitäten, die auf fossilen Energien beruhen.

Es ist daher erforderlich, alle Konjunkturmaßnahmen auf umwelt- und klimaschädliche Wirkungen zu prüfen und grüne Konjunkturprogramme in strukturelle Reformen einzubetten. Dazu gehört unter anderem, umweltschädliche Subventionen abzubauen und eine CO₂-Bepreisung umzusetzen. Außerdem müssen regulatorische Hemmnisse abgebaut und Vorgaben für grüne Investitionen gemacht werden.

Wichtig sind auch die Ausweitung grüner Finanzinstrumente, der Aufbau grüner Infrastrukturen – etwa Ladesäulen für Elektromobilität, Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Stromnetze – und Qualifizierungsmaßnahmen, damit die sozial-ökologische Transformation nicht durch Fachkräftemangel gehemmt wird.

POLITIK HINKT HINTERHER

Mehr als zwei Jahre nach dem Beginn der Corona-Krise stellt sich die Frage, inwiefern die Politik die genannten Vorschläge aus der Wissenschaft beherzigt hat und in welchem Umfang grüne Maßnahmen zur Konjunkturbelebung eingesetzt wurden. Die Antwort darauf ist eher ernüchternd: Aus globaler Perspektive war der Anteil grüner Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise relativ gering, wobei große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern bestehen.

Das Global Recovery Observatory, eine vom UN-Umweltprogramm (UNEP), dem IWF und der GIZ ins Leben gerufene Plattform, die Wissensaustausch und grüne Steuerpolitik fördert, verfolgt die Covid-19-Konjunkturausgaben der Länder. Nach seinen Schätzungen beliefen sich die weltweiten Ausgaben insgesamt auf rund 18 Billionen US-Dollar (Stand August 2022). Der größte Teil davon waren kurzfristige Rettungsmaßnahmen. Nur etwas mehr als 3 Billionen US-Dollar wurden für Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft ausgegeben, davon knapp ein Drittel für grüne Maßnahmen.

Verglichen mit der Finanzkrise 2008/2009 hat der Stellenwert grüner Konjunkturmaßnahmen immerhin deutlich zugenommen. Dies gilt unter anderem für zahlreiche EU-Länder, auch weil der Wie-

deraufbaufonds der EU erhebliche Finanzmittel für grüne Maßnahmen bereitstellte.

Global betrachtet entfällt der größte Teil der grünen Konjunkturausgaben auf relativ wenige Staaten, wobei es sich vor allem um Industrieländer handelt. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass Entwicklungs- und Schwellenländer über weit geringere Finanzmittel verfügen. Im Jahr 2020 gaben die Industrieländer laut UNEP pro Kopf 17-mal mehr für Konjunkturprogramme aus als Entwicklungs- und Schwellenländer. Dies unterstreicht, wie wichtig Schuldenerleichterungen und eine gezielte finanzielle Unterstützung durch die Industrieländer sind, um grüne Maßnahmen auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu ermöglichen.

Die positiven Umweltwirkungen werden zudem häufig durch negative Wirkungen anderer Konjunkturmaßnahmen konterkariert. Der IWF stellte fest, dass in der Gruppe der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer (G20) 1,4 Prozent der 2020 getätigten Corona-Ausgaben eine positive Klimawirkung hatten, während 1,7 Prozent klimaschädlich waren.

Analysen des Global Recovery Observatory kommen zu dem Ergebnis, dass nur 3 Prozent der Ausgaben zur Wirtschaftsbelebung einen positiven Effekt auf das Naturkapital haben, aber 17 Prozent der Ausgaben einen negativen Effekt. Bezogen auf das Ziel der Luftreinhaltung halten sich die Ausgaben mit einem positiven und einem negativen Effekt in etwa die Waage. Diese Ergebnisse sind erschreckend und unterstreichen, wie wichtig es ist, alle Konjunkturmaßnahmen einem Umwelt- und Nachhaltigkeitscheck zu unterwerfen. Ob die Welt insgesamt infolge der Corona-Pro-

gramme grüner aus der Krise hervorgehen wird, lässt sich derzeit nicht sagen. Für ein abschließendes Urteil ist es noch zu früh, da einige Programme noch laufen und quantitative Wirkungsanalysen oft noch fehlen.

Durch den Krieg in der Ukraine befindet sich die Welt nun erneut in einer Wirtschaftskrise. Auch hier wird es entscheidend sein, mit welchen Maßnahmen die Krise bekämpft wird. Werden die stark gestiegenen fossilen Energiepreise als Chance genutzt, um Energieeffizienz, grüne Energien und postfossile Produktionsverfahren verstärkt zu fördern, kann die Krise zum Katalysator einer nachhaltigen Entwicklung werden. Dabei brauchen die Entwicklungs- und Schwellenländer dringend Unterstützung, denn der aktuelle Anstieg der Energie- und Nahrungsmittelpreise und die wirtschaftliche Krise engen ihre Finanzierungsspielräume zusätzlich ein. Besteht die Antwort auf den rapiden Anstieg der fossilen Energiepreise und die Knappheiten bei der Gasversorgung dagegen in weiteren Subventionen für fossile Energien und in der Erschließung neuer fossiler Energiequellen, dürften die Ziele des Pariser Klimaabkommens kaum mehr zu erreichen sein.

QUELLEN

Umweltbundesamt, 2020: The Green New Consensus. Studie zeigt breiten Konsens zu grünen Konjunkturprogrammen und strukturellen Reformen.

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/thenewgreenconsensus_deutsch_bf.pdf

Green Fiscal Policy Network (UNEP, IMF, GIZ) und Universität Oxford: Global Recovery Observatory.

<https://greenfiscalspolicy.org/observatory/>
IMF Working Paper, 2021: Monitoring the climate impact of fiscal policy – lessons from Tracking the COVID-19 response.

<https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2021/10/29/Monitoring-the-Climatic-Impact-of-Fiscal-Policy-Lessons-from-Tracking-the-COVID-19-Response-501350>



ANDREAS BURGER
 leitet das Fachgebiet
 Wirtschafts- und
 sozialwissenschaftliche
 Umweltfragen, nachhaltiger

Konsum am Umweltbundesamt in Dessau-Roßlau.

andreas.burger@uba.de



Nichtfossile Energieerzeugung ist für „grüne“ Konjunkturprogramme besonders gut geeignet: Solarpanel in Côte d'Ivoire.

RECHTSSTAAT

Gefangen in der Pandemie

In der Corona-Pandemie haben Menschenrechtsverletzungen in Gefängnissen zugenommen. Ein Bericht der Weltorganisation gegen Folter (OMCT – Organisation mondiale contre la torture) beschreibt Missstände im Justizsystem und erläutert juristische Gegenstrategien.

Von Jane Escher

In Haftanstalten sind Ansteckungsgefahren groß, weil Menschen eng zusammenleben. Sie sind häufig überfüllt, und die Hygienebedingungen sind schlecht. Quarantänemöglichkeiten bestehen oft nicht. Menschen mit Vorerkrankung oder Schwangere sind besonders gefährdet.

Covid-19 hat sich in Gefängnissen entsprechend schnell ausgebreitet. Gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus machten es Betroffenen vor allem im ersten Pandemiejahr schwer, Schutzmechanismen wie juristische Beratungen und gerichtliche Prüfungen zu nutzen.

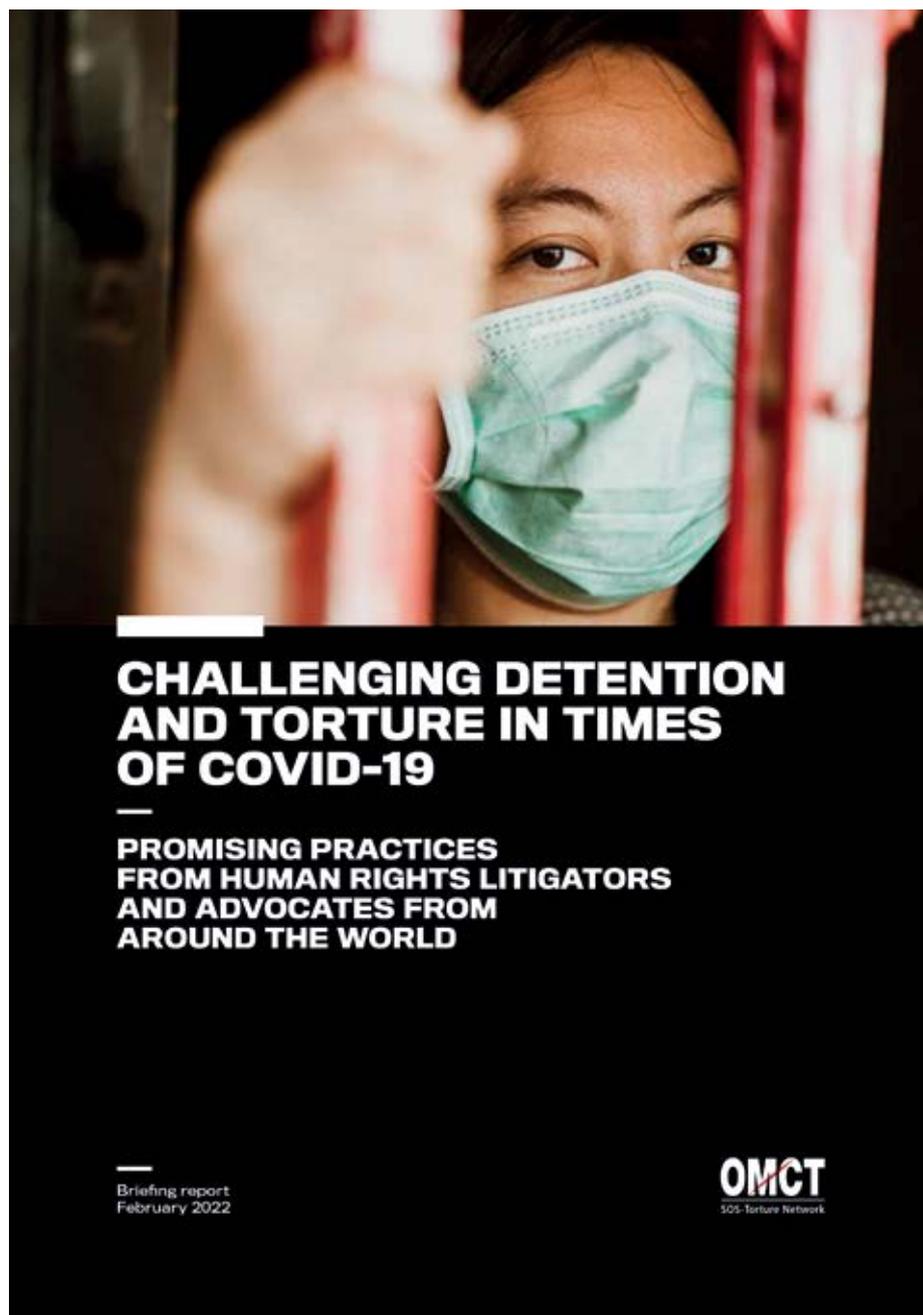
Anwältinnen und Anwälte fanden aber juristische Möglichkeiten, um pandemiebedingte Rechtsverstöße zu ahnden und den Corona-Schutz in Haftanstalten zu verbessern. Das OMCT-Dokument beschreibt spezifische länderübergreifende Herausforderungen von Strafanstalten und nennt Praxisbeispiele aus Asien, Afrika und Lateinamerika.

Weltweit haben Habeas-Corpus-Anträge geholfen, gegen die Überlastung von Gefängnissen vorzugehen. So heißen im angelsächsischen Recht Anträge, die eine gerichtliche Prüfung der Rechtmäßigkeit von Inhaftierung veranlassen. Sie können für Einzelpersonen wie Gruppen verwendet werden. Inhaftierte mit hohen Gesundheitsrisiken wurden folglich zum Beispiel in Hausarrest oder auf Kaution vorzeitig entlassen. In anderen Fällen wurden Haftbedingungen verbessert. Im Staat Espírito Santo in Brasilien führten kollektive Anträge zur Freilassung derer, die ihre Kaution nicht zahlen konnten. Wegen eines individuellen Habeas-Corpus-Antrags in Nepal wurden ausgesetzte Kautionsanhörungen wieder aufgenommen.

Es wurden außerdem Amicus-Curiae-Dokumente eingereicht. Das sind Statements Dritter, die Gerichte auf Sachverhalte hinweisen – wozu auch Missstände im Justizvollzug gehören können. Die Open

Society Justice Initiative machte auf diese Weise die Afrikanische Kommission der Menschenrechte und der Rechte der Völker (ActHPR – African Court of Human and Peoples' Rights) auf problematische Landstreichergesetze (Vagrancy laws) aufmerksam. Menschen ohne festen Wohnsitz sind durch dieses Gesetz gefährdeter, verhaftet zu werden, haben aber auch ein hohes Risiko, an Corona zu erkranken.

Gesetzliche Covid-Maßnahmen erschwerten vielfach den Kontakt zwischen



Der OMCT-Bericht erschien im Februar 2022.

Häftlingen und juristischen Fachleuten. Kanzleien und zivilgesellschaftliche Organisationen entwickelten aber Strategien, um ohne Vor-Ort-Präsenz Unterstützung bieten zu können. In manchen Ländern setzten sie durch, dass Häftlinge Zugang zu Telefon oder Internet bekamen, und nutzen diese Kommunikationswege. In argentinischen Gefängnissen wurde die zeitweise Benutzung von Handys durchgesetzt. Mit der Befragung aktueller und ehemaliger Häftlinge verbesserten Fachleute zudem ihren Kenntnisstand über die Lage in Gefängnissen.

ÖFFENTLICHER DRUCK

Damit Menschenrechte in Krisen auch für Häftlinge gelten, ist öffentliche Aufmerksamkeit nötig. Vielerorts wurden Kampagnen gestartet, um Bewusstsein für die Risiken der Inhaftierten zu schaffen. Nicht nur ihr gesundheitlicher Schutz, auch die psychologischen Folgen wurden dabei in den Fokus gerückt. Da sie keinen Familienbesuch empfangen durften und meist Telefon und Internet nicht nutzen konnten, sind Inhaftierte von Isolation besonders betroffen. Zivilgesellschaftliche Organisationen in Tunesien produzierten ein zehnmütiges Video, um auf die psychologischen Auswirkungen der Inhaftierten und Wärterinnen und Wärter aufmerksam zu machen.

Druck auf Behörden macht indessen vielfach auch Zusammenarbeit mit ihnen möglich. Entsprechend gingen die Menschenrechtsschützerinnen und -schützer auf Justizverwaltungen zu, sammelten Da-

ten und kooperierten mit ihnen in der Bearbeitung von Einzelfällen. Internationaler Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen Fachleuten half, von Erfahrungen in anderen Ländern zu profitieren. Stetige Kommunikation half, Strategien zu entwickeln, zu testen und zu verbessern. Auf dieser Basis entwickelte das Justice Project Pakistan eine Karte von Corona-Fällen in Gefängnissen weltweit sowie ein Instrument zur Gefährdungseinstufung von Gefangenen.

Zivilgesellschaftliche Öffentlichkeitsarbeit machte derweil auch auf eine weitere menschenrechtliche Problematik aufmerksam – nämlich die Verletzung von Menschenrechten bei der Durchsetzung der Corona-Maßnahmen außerhalb von Gefängnissen. Auch darauf geht der OMCT-Bericht ein. Wegen der Kriminalisierung von Aktivistinnen und Aktivisten kam es zum Beispiel zu unrechtmäßigen Verhaftungen, zum Beispiel in Indonesien und Südkorea. Zudem wurden Maßnahmen etwa mit unverhältnismäßiger Gewalt oder zur Durchsetzung anderer Ziele umgesetzt. In El Salvador kam es zu willkürlichen Inhaftierungen wegen angeblicher Verstöße gegen Quarantäne-Maßnahmen. Ihnen wurde mit Habeas-Corpus-Anträgen entgegen gewirkt.

Angesichts solcher Herausforderungen erwiesen sich zivilgesellschaftliche Kampagnen und Bündnisse als hilfreich. Zu den Aktionsmöglichkeiten gehören Menschenrechtsbeschwerden sowie die Dokumentation von Missständen. Menschenrechtliche Arbeit stützte sich zudem häufig auf neue Kommunikationsstrategien, die

öffentliche Statements, soziale Medien oder Schulungen von Interessierten nutzen. Soziale Medien wurden in Kenia genutzt, um neu entwickelte Tools zur Meldung von Vergehen zu bewerben. In Tunesien haben sich gemeinnützige Organisationen mit staatlichen Institutionen zusammengetan. Gemeinsam forderten sie immer wieder, die Insassen in den Gefängnissen zu reduzieren. Ihre öffentlichkeitswirksamen Statements führten zur Entlassung von 5000 Gefangenen.

Das OMCT ist eine internationale Allianz von nicht staatlichen Organisationen. Die Fallbeispiele wurden im Zuge von Litigation Labs genannten Workshops im November und Dezember 2020 gesammelt, an denen 130 Akteurinnen und Akteure teilnahmen. Der aktuelle Report wurde unter anderem von den Open Society Foundations von George Soros unterstützt.

LINK

OMCT – Organisation mondiale contre la torture, 2022: Challenging detention and torture in times of Covid-19.

https://www.omct.org/site-resources/legacy/Report_Torture-and-Covid19_EN_240222.pdf

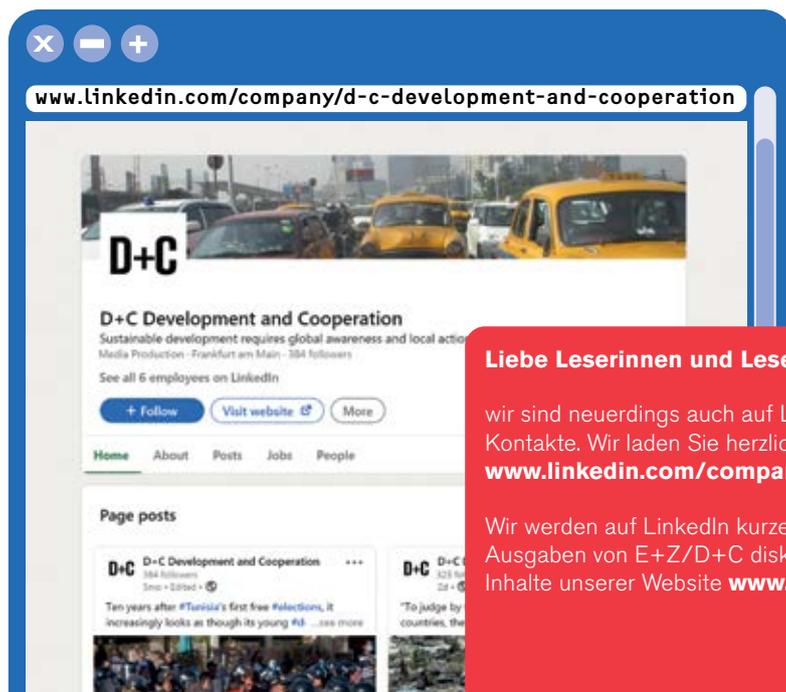


JANE ESCHER

ist Volontärin in der Öffentlichkeitsarbeit von Engagement Global. Sie schrieb diesen Beitrag

während einer Stage in der Redaktion von E+Z/D+C.

jane.escher@engagement-global.de



Folgen Sie
uns auf
LinkedIn!

Liebe Leserinnen und Leser,

wir sind neuerdings auch auf LinkedIn vertreten, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Wir laden Sie herzlich ein, uns dort zu folgen. Sie finden uns unter www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation

Wir werden auf LinkedIn kurze Kommentare veröffentlichen und Themen künftiger Ausgaben von E+Z/D+C diskutieren. Außerdem werden wir dort auf wichtige neue Inhalte unserer Website www.dandc.eu hinweisen.

Manzur Kadir Ahmed: „Wir hätten in kürzerer Zeit mehr erreichen können, wenn wir in Bangladesch einen Impfstoff hätten herstellen dürfen.“

Seite 29



Foto: picture-alliance/AA/Stringer